



# Investmentfonds-Bericht

Januar 2012



**SCHMITZ & CIE.**  
Individuelle Fondsberatung

Schmitz & Cie. GmbH  
Individuelle Fondsberatung

Pelargonienweg 4  
D-81377 München

Telefon: +49 (89) 17 92 40-20  
Telefax: +49 (89) 17 92 40-24

[info@schmitzundcie.de](mailto:info@schmitzundcie.de)  
[www.schmitzundcie.de](http://www.schmitzundcie.de)



**SCHMITZ & PARTNER AG**  
Privates Depotmanagement

**SCHMITZ & PARTNER AG**  
Privates Depotmanagement

Via Albaredo 53  
CH-6645 Brione s. Minusio

Telefon: +41 (0)91 7 44 66 65  
Telefax: +41 (0)91 7 43 44 00

[info@schmitzundpartner.ch](mailto:info@schmitzundpartner.ch)  
[www.schmitzundpartner.ch](http://www.schmitzundpartner.ch)

## Inhaltsverzeichnis

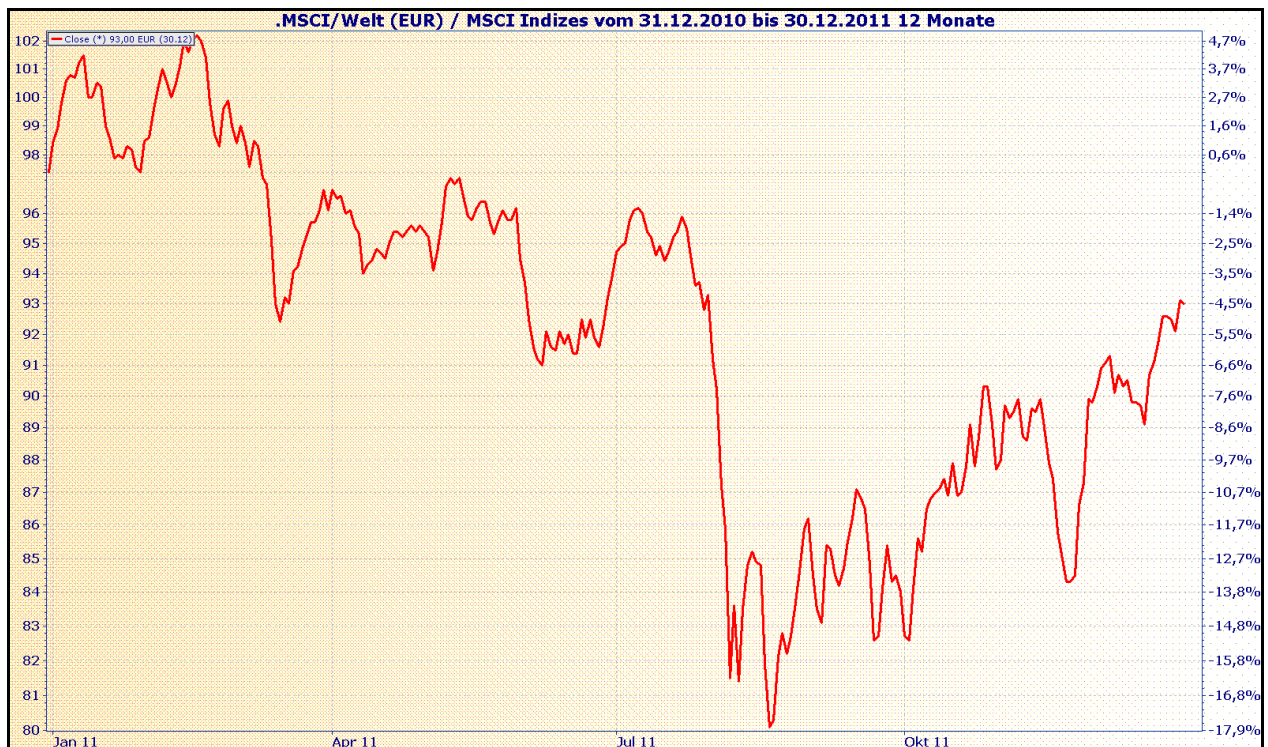
	Seite
<b>1. Rückblick auf ein enttäuschendes Börsenjahr 2011</b>	<b>2</b>
1.1 Aktienmärkte	2
1.1 Rentenmärkte	3
1.3 Devisenmärkte	3
<b>2. Rückblick auf die Wertentwicklung einzelner Investmentfonds</b>	<b>7</b>
<b>3. Rückblick auf die beiden Schmitz &amp; Partner Fonds</b>	<b>10</b>
3.1 Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds	10
3.2 Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds	10
3.3 Vorteile der Schmitz & Partner Fonds	12
<b>4. Aktuelle Stichworte</b>	<b>14</b>
4.1 Schuldenkrise	14
4.2 Inflation	20
4.3 Eurokrise und Zerfall des Euro	26
4.4 Politikerkrise	31
4.5 Gold und Silber	35
<b>5. Unsere Empfehlungen für ein erfolgreiches Investmentjahr</b>	<b>38</b>
<b>6. Versuch eines Ausblicks auf das Jahr 2012</b>	<b>41</b>
<b>7. Auswahl von Presseartikeln</b>	<b>44</b>

## 1. Rückblick auf ein enttäuschendes Börsenjahr 2011

Wir schauen auf ein mehrheitlich enttäuschendes, in der Wertentwicklung einzelner internationaler Börsen aber auch sehr unterschiedliches Börsenjahr zurück.

### 1.1 Aktienmärkte

Für die **internationalen Aktienmärkte** gibt es einen bescheidenen **Rückblick auf das Jahr 2011**. Bis August und einem Kursrückgang bis zu diesem Zeitpunkt von knapp 20 Prozent sah es sogar nach einem miserablen Aktienjahr aus. Erst in der zweiten Jahreshälfte zogen die Börsenkurse wieder an und ließen das Jahr mit einem Minus von knapp fünf Prozent (gemessen am MSCI-Welt-Aktienindex<sup>1</sup> in Euro) enden:



Quelle: vwd portfolio manager 4.30.4

Die einzelnen **europäischen Aktienbörsen** fielen im letzten Jahr unterschiedlich stark. Mit am besten hielt sich noch der Schweizer Aktienmarkt (SMI) mit einem Minus von 7,8 Prozent. An den anderen Börsen sanken beispielsweise die Aktienkurse in Spanien (Ibex) um 13,1 Prozent, in Deutschland (DAX) um 14,7 Prozent, in Frankreich (CAC 40) um 17 Prozent und in Italien (MIB) um 25,2 Prozent – von Sorgenkindern wie dem gebeutelten Griechenland (ASE) mit einem Jahresverlust von 51,9 Prozent ganz zu schweigen. Europaweit fielen die Aktienkurse im Durchschnitt (Euro Stoxx 50) um 17,1 Prozent.

<sup>1</sup> MSCI ist die Abkürzung für *Morgan Stanley Capital International*. Der vom US-Investmenthaus Morgan Stanley entwickelte Welt-Aktienindex misst die nach der Marktkapitalisierung gewichtete globale Entwicklung der Aktienmärkte.

In **Übersee** konnten nur die Aktienkurse in den USA (S & P 500) ihr Vorjahresniveau halten - was bei einer ungefähr hälftigen Gewichtung der USA im Weltindex auch der Grund ist, warum der Weltaktienindex mit einem Minus von „nur“ 4,5 Prozent ein „falsches“ Bild von den tatsächlichen Kursrückgängen im Jahr 2011 abgibt -, in Japan (Nikkei 225) beispielsweise fielen die Kurse mit 17,3 Prozent genauso deutlich wie in Hongkong (Hang-Seng) mit 20 Prozent. Insgesamt betrachtet fielen die Aktienkurse weltweit (gemessen am MSCI-Welt-Aktienindex in Euro) im Schnitt um 4,5 Prozent, in den Schwellenländern (MSCI-Emerging Markets in Euro) sogar um 17,7 Prozent.

## 1.2 Rentenmärkte

An den wichtigsten internationalen **Rentenmärkten** gaben im abgelaufenen Jahr die Zinsen weiter nach. So fiel beispielsweise die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihen in *Deutschland* von rund 3 Prozent zu Jahresbeginn auf nur noch knapp 2 Prozent. In der *Schweiz* reduzierte sich die Rendite der zehnjährigen Eidgenossen von 1,7 Prozent zu Jahresbeginn auf nur noch 0,75 Prozent. Ein ähnliches Bild ergab sich am Rentenmarkt in den *USA*: Von 3,4 Prozent sank die Rendite der zehnjährigen Staatsanleihen auf 1,9 Prozent.

Somit sind die Sparer in diesen Ländern bereit, einen sicheren Realverlust ihrer investierten Gelder hinzunehmen, denn bei dem niedrigen Nominalzins, reduziert um die Inflationsrate (von eventuellen Steuern auf die erhaltenen Minizinsen ganz zu schweigen), erhält der Anleger **negative reale Renditen!**

In Deutschland gab es Anfang Januar 2012 erstmals seit Bestehen der *Deutschen Finanzagentur*, die das Liquiditäts- und Schuldenmanagement des Bundes regelt, bei einer Versteigerung von Geldmarkttiteln sogar **negative nominale Renditen!** Die Bundesrepublik Deutschland besorgte sich am 9. Januar knapp 4 Milliarden Euro für sechs Monate und erhält dieses Kapital zur durchschnittlichen Verzinsung von minus (!) 0,0122 Prozent.<sup>2</sup> Wie kann das sein? Es handelt sich in diesem Fall um unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes (sogenannte Bubills), die zum Nennwert von 100 Prozent zurückgezahlt werden. Da die Kaufpreise für diese Wertpapiere im Rahmen einer Versteigerung gebildet werden, kam es aufgrund der anhaltenden Sorgen im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise zu einem durchschnittlichen Kaufkurs von 100,00616 Prozent und damit zu Nominalrenditen im Minusbereich.<sup>3</sup>

## 1.3 Devisenmärkte

Die bemerkenswerteste Entwicklung im vergangenen Jahr am **Devisenmarkt** gab es beim Schweizer Franken zu beobachten, der das Jahr 2011 mit einem Kurs von rund

---

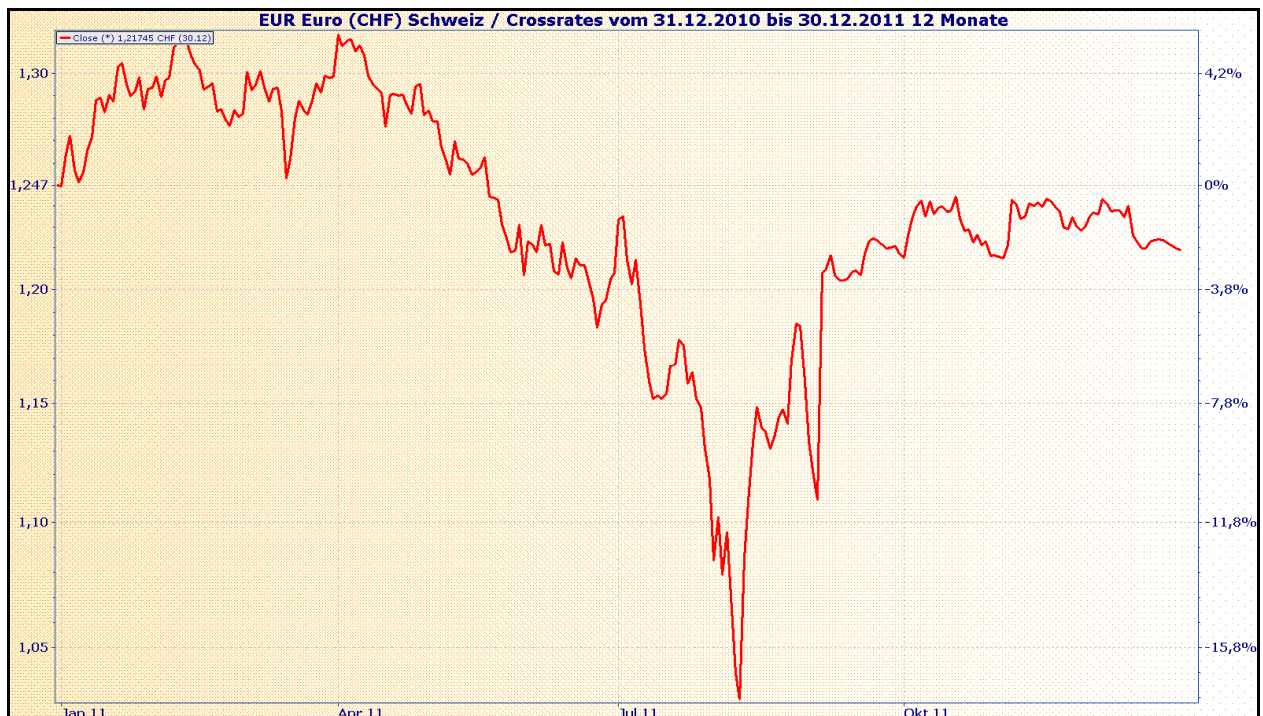
<sup>2</sup> Vgl. *Börsen-Zeitung* vom 10. Januar 2012, Seite 1. Die *Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH* ist der zentrale Dienstleister für die Kreditaufnahme und das Schuldenmanagement des Bundes. Sie wurde am 19. September 2000 gegründet und hat ihren Sitz am Finanzplatz Frankfurt/Main.

<sup>3</sup> Vgl. *Börsen-Zeitung* vom 10. Januar 2012, Seite 1.



1,25 Franken pro Euro begann. Bis zur Jahresmitte stieg der Schweizer Franken jedoch auf den historischen Höchststand von nahezu 1 : 1<sup>4</sup>, bevor die Schweizer Nationalbank Anfang September angesichts der immer weiter anhaltenden Flucht in den Schweizer Franken die Nerven verlor und eine Erklärung veröffentlichte, nach der sie eine Wechselkursuntergrenze von 1,20 Schweizer Franken pro Euro mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen wolle.<sup>5</sup> Innerhalb weniger Minuten stieg der Euro kräftig auf den von der Notenbank verkündeten Zielkurs von 1,20 Franken.

Wie hinter vorgehaltener Hand in der Schweiz zu vernehmen ist, soll damit den exportorientierten Schweizer Unternehmen eine letzte Gelegenheit gegeben werden, ihre bisher zum überwiegenden Teil nicht vorhandene Wechselkursabsicherung gegen weiter steigende Schweizer Franken Kurse preisgünstig nachzuholen und sich in den nächsten Monaten am Devisenterminmarkt gegen möglicherweise schon bald wieder steigende Frankenkurse abzusichern. Denn dass die Schweizer Nationalbank über einen längeren Zeitraum oder gar dauerhaft den kränkelnden Euro mit unlimitierten Devisenkäufen vor einem weiteren Kursverfall bewahren können, daran glaubt unter Marktkennern niemand ernsthaft. Beim letzten vergleichbaren Versuch im Oktober 1978 sprang durch die hemmungslosen Aufkäufe der damals schwächelnden Deutschen Mark durch die Schweizer Nationalbank am Devisenmarkt und die als unmittelbare Folge stark ansteigende Schweizer Geldmenge die bis dahin bei unter einem Prozent liegende Inflationsrate in der Schweiz innerhalb von drei Jahren auf sieben Prozent!



Quelle: vwd portfolio manager 4.30.4

<sup>4</sup> Am 9. August 2011 notierte der Euro bei 1,0075 Schweizer Franken.

<sup>5</sup> Vgl. den Artikel „Die SNB greift zur Brechstange“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 7. September 2011, Seite 27. In den deutschen Medien wurde dieselbe Meldung - vorsätzlich oder in börsentechnischer Unkenntnis? - übrigens mehrheitlich falsch dargestellt. So schrieb zum Beispiel das *Handelsblatt* am 7. September in der Titelzeile auf Seite 1: „Willkommen im Euro-Club. Das Ende einer Ära: Die Schweiz ... koppelt ihre Währung an den Euro.“



Im letzten *Investmentfonds-Bericht* Anfang Januar 2011 auf Seite 5 hatten wir nach dem starken Anstieg des Schweizer Franken gegenüber dem Euro im Jahr 2010 geschrieben: „... erscheint uns von *Schmitz & Partner* allerdings die Wahrscheinlichkeit groß, dass es in den nächsten Monaten zu einer (vielleicht sogar kräftigen) Gegenbewegung kommen wird, die den Euro temporär - auch gegenüber dem Schweizer Franken - wieder aufwerten lässt. Mittel- und langfristig wird der Franken die Kaufkraft jedoch deutlich besser erhalten können als die von politischen Durchhalteparolen geschwächte europäische Einheitswährung.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

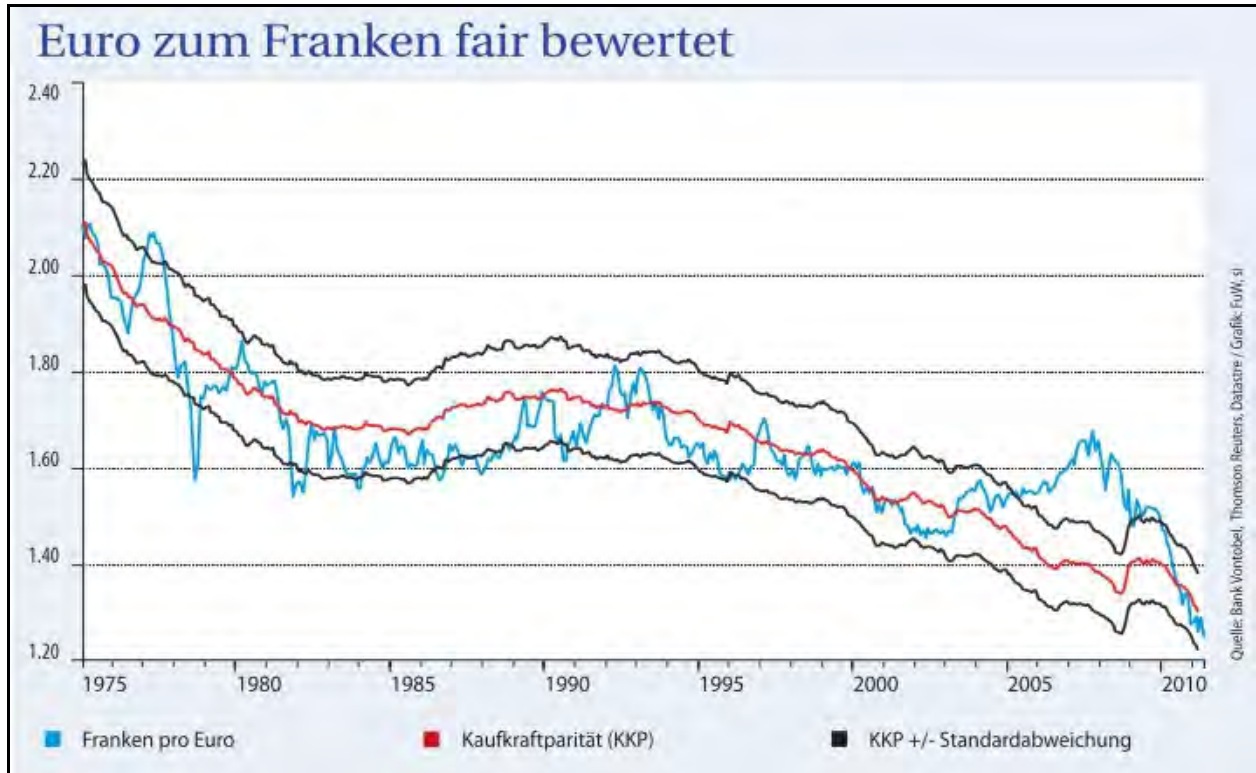
Wie stark der Schweizer Franken in der Vergangenheit - und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in der Zukunft - nicht nur gegenüber der Deutschen Mark bzw. gegenüber dem Euro aufgewertet hat, sondern auch im Vergleich zu anderen wichtigen Devisen wie zum Beispiel dem **englischen Pfund** oder dem **amerikanischen Dollar**, zeigt die nachfolgende Grafik eindrucksvoll:



Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 9. Juli 2011, Seite 25

In den letzten Monaten wurde uns von unseren Kunden häufiger die Frage gestellt, ob der Schweizer Franken nach seinem Anstieg gegenüber dem Euro seit Oktober 2007 um über 30 Prozent und trotz der derzeitigen Kursuntergrenze von 1,20 nicht überbewertet sei und eine kräftige Korrektur oder sogar eine Trendumkehr überfällig sei. Unsere eindeutige Antwort darauf lautet: **Der Franken ist nicht überbewertet!** Eine von vielen Begründungen für diese Aussage liegt in der Inflationsdifferenz zwischen der Eurozone und der Schweiz. Während die Produzentenpreise in der Eurozone seit dem Jahr 1975 um 116 Prozent gestiegen sind, fiel der Preisanstieg in der Schweiz mit 33 Prozent

deutlich tiefer aus. Der Unterschied von 83 Prozent entspricht etwa der Aufwertung des Frankens zum Euro:<sup>6</sup>



Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 25. Mai 2011, Seite 21

Langfristig sind tiefere Zinsen das Resultat eines soliden Staatshaushaltes, gesunder Staatsfinanzen und einer tiefen Inflation. Alles Gründe, die auf lange Sicht internationales Kapital anziehen und eine Währung steigen lassen.<sup>7</sup> Und sollte die Euro-Inflation weiterhin höher sein als in der Schweiz - und dafür spricht angesichts der entscheidungsschwachen Verdrängungspolitik im Euroraum vieles - dann **wird der Kurs des Schweizer Franken gegenüber dem Euro mittel- und langfristig weiter steigen**. Denn „der Euro ist auf dem Weg zur Weichwährung“.<sup>8</sup> Und *Kenneth Rogoff* ergänzt: „Angesichts der fundamentalen Krise scheint mir der Euro noch sehr hoch bewertet.“ Und weiter: „Der Schweizer Franken ist gegenwärtig Papiergold.“<sup>9</sup>

**Mittel- und langfristig wird der Franken die Kaufkraft deutlich besser erhalten können als die von politischen Durchhalteparolen geschwächte europäische Einheitswährung.**

<sup>6</sup> Vgl. *Ralf Wiedenmann* in dem Artikel „Ist der Franken wirklich überbewertet?“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 25. Mai 2011, Seite 21.

<sup>7</sup> Vgl. *Wiedenmann* in *Neue Zürcher Zeitung* vom 25. Mai 2011, Seite 21.

<sup>8</sup> *Frankfurter Börsenbrief* vom 2. Juli 2011, Seite 10.

<sup>9</sup> *Kenneth Rogoff* in dem Interview „Es wird noch schlimmer“ in der *BILANZ* 12/2011 vom 17. Juni 2011, Seite 52 - 57, beide Zitate von Seite 56. Rogoff ist Ökonomieprofessor in Harvard und hat zusammen mit seiner Kollegin *Carmen Reinhart* den 2009 erschienen Bestseller „This Time Is Different“ über die Schuldenkrisen der letzten 800 Jahre geschrieben.



## 2. Rückblick auf die Wertentwicklung einzelner Fonds

In der folgenden Übersicht haben wir für Sie von den wichtigsten Investmentfonds, die in den Wertpapierdepots der von der *Schmitz & Cie. GmbH* beratenden Kunden als Basisinvestments oder als lohnenswerte Beimischung enthalten sind, die Rendite und die Schwankungsrisiken (Volatilität) aufgeführt. Dabei gilt: je kleiner die Risikozahl, desto besser für den Anleger.

Zusätzlich zeigt die Aufstellung auch die elf Fonds, die per Ende 2011 in dem Investmentfonds *Schmitz & Partner Global Offensiv* neben den Einzelaktien enthalten sind, sowie die acht Fonds, die - ebenfalls neben verschiedenen Einzeltiteln - Bestandteil des *Schmitz & Partner Global Defensiv* sind. Die Performance- und Risikozahlen sind dem Analysesystem *vwd portfolio manager 4.30.4* entnommen.

	<b>1 Jahr</b>	<b>3 Jahre</b>	<b>5 Jahre</b>
<b>Internationale Aktienmärkte:</b>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite</b>
Carmignac Investissement *	-10,6 / 13,9 %	46,5 / 17,2 %	24,4 %
Fidelity European Growth Fund	-14,9 / 22,5 %	25,5 / 22,2 %	-28,6 %
FRANKFURT-TRUST High Dividend *	-8,5 / 20,7 %	19,9 / 18,6 %	-36,3 %
Franklin Mutual European Fund *	-9,3 / 20,1 %	20,0 / 18,0 %	-18,2 %
Lingohr-Systematic-LBB-Invest *	-15,1 / 19,4 %	48,1 / 21,0 %	-19,2 %
M & G Global Basics *	-9,9 / 20,6 %	69,0 / 22,0 %	6,4 %
<b>Schmitz &amp; Partner Global Defensiv</b>	<b>-1,3 / 8,0 %</b>	<b>12,5 / 5,9 %<sup>10</sup></b>	-
<b>Schmitz &amp; Partner Global Offensiv</b>	<b>-12,2 / 9,4 %</b>	<b>12,8 / 8,0 %</b>	-
StarCap Priamos	-17,7 / 14,0 %	20,4 / 18,1 %	-39,4 %
Templeton Growth (Euro) Fund *	-5,1 / 18,9 %	31,8 / 18,6 %	-25,5 %
<b>Schwellenländer:</b>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite</b>
Aberdeen Global-Asian Smaller*	-11,4 / 14,5 %	113,4 / 17,0 %	60,1 %
Global Advantage Emerging Markets *	-24,3 / 18,2 %	46,6 / 20,9 %	-6,1 %
Lingohr-Asien-Systematic-LBB-Invest *	-8,9 / 19,5 %	115,1 / 20,7 %	27,9 %

<sup>10</sup> Die sehr günstigen Risikozahlen im Jahresdurchschnitt für den *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds in den Jahren zuvor betragen 4,6 Prozent (2010), 1,5 Prozent (2009) und 0,4 Prozent (2008)!



	<b>1 Jahr</b>	<b>3 Jahre</b>	<b>5 Jahre</b>
Templeton Asian Growth Fund *	-12,6 / 20,9 %	133,1 / 23,0 %	47,8 %
Templeton Emerging Markets Fund	-16,8 / 21,8 %	59,3 / 23,7 %	-1,3 %
Templeton Frontier Markets Fund *	-22,2 / 12,5 %	46,1 / - %	-

#### *Internationale Bondmärkte:*

FRANKFURT-TRUST EuroCorp. Bond **	2,8 / 4,8 %	22,9 / 4,9 %	-3,7 %
iShares Corporate Bond **	3,1 / 4,0 %	20,7 / 3,7 %	-1,0 %
Julius Bär Euro Corporate Bond **	0,8 / 3,4 %	38,8 / 3,8 %	7,3 %
StarCapital Bondvalue **	-0,9 / 5,8 %	47,5 / 7,8 %	22,6 %
Templeton Global Bond (Euro) Fund **	2,0 / 1,6 %	18,4 / 3,3 %	67,3 %
Templeton Global Total Return **	2,2 / 9,4 %	63,0 / 13,2 %	-

#### *Sonstige Fonds:*

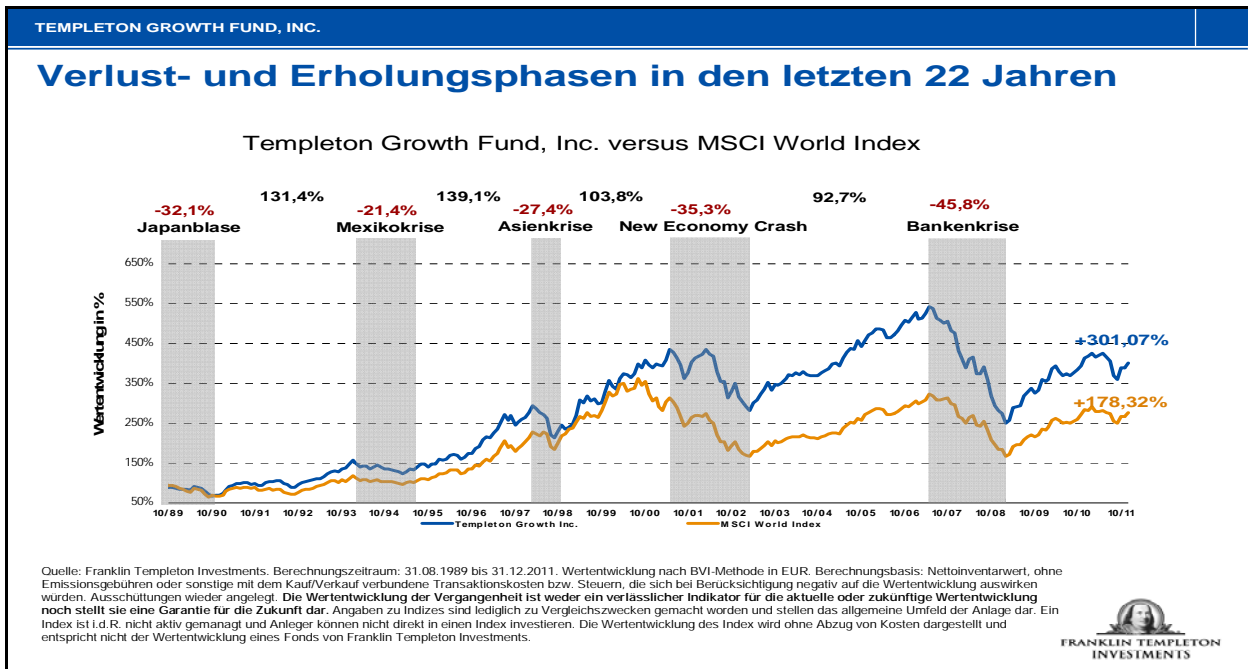
Zürcher Kantonalbank Gold ETF **	11,4 / 21,0 %	58,1 / 19,9 %	82,0 %
Zürcher Kantonalbank Silber ETF **	-9,9 / 43,7 %	-	-

Die mit Sternchen (\*) versehenen Investmentfonds befinden sich per 31. Dezember 2011 in dem Fonds *Schmitz & Partner Global Offensiv*, die mit (\*\*) gekennzeichneten Fonds sind zum Jahresende 2011 im Portfolio des *Schmitz & Partner Global Defensiv*.

Einer unserer häufigsten Empfehlungen für Basisinvestments im Aktienbereich war und ist immer noch der **Templeton Growth Fund**, zunächst in Form des seit 1954 bestehenden US-Originals, später dann in Form der steuergünstigeren Luxemburger Version, dem *Templeton Growth (Euro) Fund*. Dieser Fonds eignet sich nach wie vor für Anleger, die mit einem breit gestreuten und weltweit investierenden Fonds an einer langfristig überdurchschnittlichen Wertentwicklung an den internationalen Aktienmärkten teilhaben und dabei durch den werthaltigen Ansatz (Value) unterdurchschnittliche Risiken eingehen möchten.

Dennoch sind nicht nur unsere Kunden, sondern auch wir von der *Schmitz & Cie. GmbH* von der Wertentwicklung des *Templeton Growth Fund* in den letzten Jahren enttäuscht. Allerdings zeigen die **Erfahrungen der Vergangenheit, dass sich der Templeton Growth Fund gerade nach extremen Bärenmärkten überdurchschnittlich gut entwickelt hat!** Immer haben sich aus diesen Krisen **Chancen durch antizyklisches**

**Investieren ergeben.** Der *Templeton Growth Fund, Inc.* hat in den vergangenen 20 Jahren nach Verlustphasen von über 20 Prozent immer überdurchschnittliche Erholungsphasen mit teilweise von **140 Prozent Wertzuwachs** (auf Eurobasis) verzeichnet. Und auch in jüngster Vergangenheit deutet sich nicht nur in absoluten, sondern auch in relativen Zahlen (gegenüber dem Weltaktienindex, dem MSCI World) eine spürbare Verbesserung der Wertentwicklung an, wie die folgende Grafik veranschaulicht:



Das **Erfolgsrezept von Sir John Templeton** hat sich in unveränderter Form seit über einem halben Jahrhundert erfolgreich bewährt:

TEMPLETON GROWTH (EURO) FUND

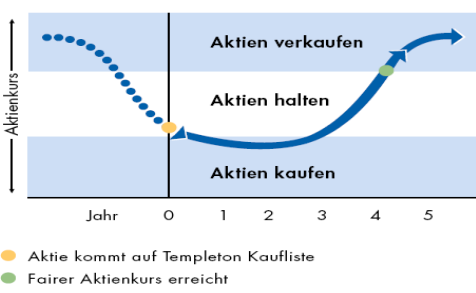

### Das Templeton Erfolgsprinzip

**Weltweit profitieren**  
Ein breit gestreutes Portfolio ist entscheidend für die erfolgreiche Nutzung weltweiter Investmentchancen.

**Werte suchen**  
Templeton kauft, wenn noch keiner kauft und lässt so den Unternehmenswerten Zeit, um sich zu entwickeln.

**Warten können**  
Erst mit der Zeit entwickeln unterbewertete Aktien ihr volles Potential. Die durchschnittliche Haltedauer einer Aktie im Portfolio beträgt drei bis fünf Jahre.

**Bottom-Up-Ansatz**  
Das Fondsmanagement verfolgt konsequent eine Bottom-Up-Anlagestrategie.

**Substanz- und Finanzstärke werden in der vor uns liegenden Marktperiode die entscheidenden Schlüssel für Erfolg sein.** In den vergangenen Jahren hat sich die Konzentration auf Qualität am Aktienmarkt für Investoren leider nicht immer ausgezahlt. Dies dürfte sich jedoch in den nächsten Jahren wieder normalisieren. Wir von der *Schmitz & Cie. GmbH* sind der Überzeugung, dass der *Templeton Growth Fund* auf einem sehr guten Weg ist und vertrauen auf das Managementteam der Templeton Global Equity Gruppe!

### **3. Rückblick auf die beiden Schmitz & Partner Fonds**

#### **3.1 Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds**

Der *Schmitz & Partner Global Offensiv* ist ein gemischtes Sondervermögen, das sein Vermögen weltweit investieren kann. Anlageschwerpunkt sind Aktienfonds und Einzelaktien mit einer maximalen Investitionsquote von 100 Prozent. Dabei wird auf eine gesunde Mischung aus Zielfonds von etablierten Gesellschaften und von feinen Fondsboutiquen geachtet sowie bei den Einzelwerten auf eine breite Streuung des Risikos. Das Ziel der Anlagepolitik ist ein mittel- bis langfristig hoher, risikoadjustierter Wertzuwachs. Der Fonds wurde am 1. November 2007 aufgelegt und wird von der *SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement* beraten.

Der *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds* erlitt im schwierigen Börsenjahr 2011 einen Rückschlag: Bei einer Volatilität (Schwankungsrisiko) im Jahresdurchschnitt von 9,4 Prozent erzielte er eine Jahresrendite von -12,2 Prozent.

Im Laufe der letzten zwölf Monaten stieg die Investitionsquote des Fonds von knapp 70 Prozent auf rund 75 Prozent. Während der in Aktienfonds investierte Teil bei ungefähr der Hälfte des Fondsvermögens verharrte, stieg der Anteil der Einzelaktien von gut 15 Prozent auf knapp 25 Prozent an. Deutlich angestiegen ist auch der direkt oder indirekt in den sogenannten Emerging Markets (Schwellenländern) investierte Teil des Fondsvermögens, der zum Jahresende rund 34 Prozent betrug.

Anlageschwerpunkte des Fonds waren im vergangenen Jahr nach wie vor unterbewertete Einzelaktien sowie Aktienfonds mit der Ausrichtung „Emerging Markets“ und Rohstoffe.

#### **3.2 Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds**

Der *Schmitz & Partner Global Defensiv* ist ein gemischtes Sondervermögen, das sein Vermögen weltweit investieren kann. Anlageschwerpunkte sind zum einen Aktienfonds und Einzelaktien, zum anderen Rentenfonds und einzelne verzinsliche Wertpapiere, wobei in der Regel Aktienfonds und Einzelaktien nicht mehr als 50 Prozent des Fondsvolumens ausmachen sollen. Dabei wird auf eine gesunde Mischung aus Zielfonds von etablierten Gesellschaften und von feinen Fondsboutiquen geachtet sowie bei den Einzel-

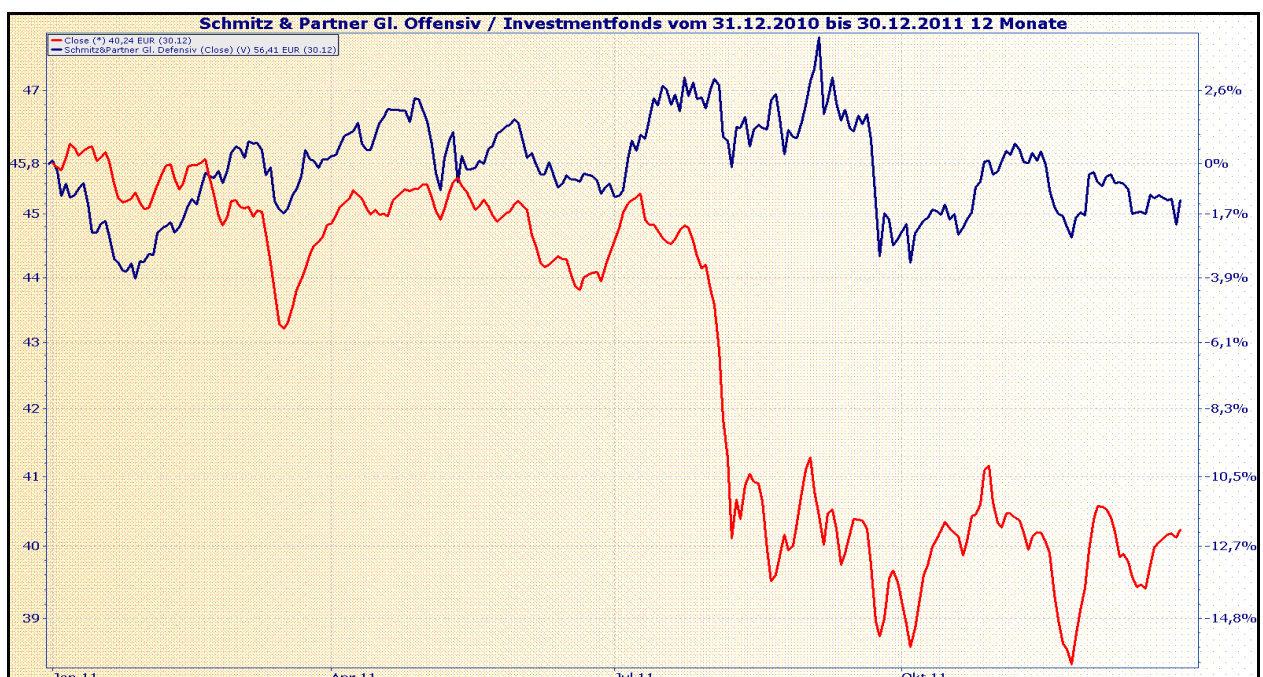
werten auf eine breite Streuung des Risikos. Das Ziel der Anlagepolitik ist ein mittel- bis langfristig hoher, risikoadjustierter Wertzuwachs. Der Fonds wurde am 7. Mai 2008 aufgelegt und wird von der *SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement* beraten.

Der *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* konnte sich im schwierigen Börsenjahr 2011 gut behaupten. Mit einer Jahresrendite von - 1,3 Prozent und einer Volatilität (Schwankungsrisiko) von 8,0 Prozent im Jahresdurchschnitt gehört der Fonds weiterhin zur absoluten Spitzengruppe vergleichbarer Investmentfonds!

Im Laufe der letzten zwölf Monate stieg die Investitionsquote des Fonds von fast 60 Prozent auf über 70 Prozent. Insbesondere der um ein Drittel auf über 30 Prozent gestiegene Anteil der Einzelaktien war hierfür die Ursache. Hingegen wurde die Euroabhängigkeit des Fonds weiter deutlich reduziert. Der Euroanteil sank von fast 70 Prozent auf unter 50 Prozent. Im Gegenzug wurden die Währungspositionen in den restlichen europäischen Währungen, mehrheitlich im Schweizer Franken und zum Teil in der norwegischen Krone aufgestockt.

Neben der Aktienquote von rund 30 Prozent waren weitere Investitionsschwerpunkte zum einen die bereits seit April 2009 im Fondsvermögen vorhandenen physischen und in der Schweiz gelagerten Gold- und Silberbestände mit knapp 15 Prozent Anteil am Fondsvermögen und zum anderen verzinsliche Wertpapiere (insbesondere Unternehmensanleihen) mit über 25 Prozent.

Besonders hinweisen möchten wir auf den im Anhang dieses *Investmentfonds-Berichts* beigefügten Artikel „**Fonds-Perlen**“ (Seite 45), in dem die Zeitschrift *Das Investment* sehr positiv über den *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* berichtet.



Quelle: vwd portfolio manager 4.30.4

### 3.3 Vorteile der Schmitz & Partner Fonds

Die *Schmitz & Partner Fonds* sind **vermögensverwaltende Investmentfonds**, was bedeutet, dass wir uns für Sie um die sinnvolle und der jeweiligen Börsensituation angepasste Aufteilung der einzelnen Vermögensklassen kümmern. Die Zusammenstellung von Aktien, Anleihen und Liquidität geschieht also innerhalb der beiden *Schmitz & Partner Fonds* und muss nicht mehr durch den Kauf bzw. späteren Verkauf von einzelnen Aktien-, Renten- oder Geldmarktfonds auf der Kundenebene abgebildet werden. Sie als unser Kunde profitieren damit zusätzlich (nicht nur in schwierigen Börsensituationen) von der inzwischen über 30jährigen aktiven Börsenerfahrung, die der verantwortliche Fondsberater *Dr. Holger Schmitz* für die beiden *Schmitz & Partner Fonds* zu Ihrem Nutzen und zu Ihrem Vorteil einbringt.

Darüber hinaus liegen die Vorteile der beiden *Schmitz & Partner Fonds* nach wie vor in der **kostengünstigen, schnellen und flexiblen Umsetzung unserer erfolgreichen Investmentideen** innerhalb der Fonds im Vergleich zu den Einzelfondsanlagen in den Depots unserer Kunden. Gerade in der aktuell volatilen Zeit, in denen sich die Märkte fast schon im Stundentakt nach oben oder nach unten bewegen, ist dies ein wichtiger Pluspunkt für Sie!

Zusätzlich bleibt auch nach dem Termin 31.12.2008 ein Teil der **Vorteile bei der Abgeltungsteuer** bestehen. Zwar ist die völlige Abgeltungsteuerfreiheit für Käufe nach dem Stichtag weggefallen – sowohl für einzelne Wertpapiere wie Aktien oder Festverzinsliche als auch für Investmentfondsanlagen. Da aber nach wie vor das sogenannte **Fondsprivileg** bestehen bleibt, werden Verkaufsgewinne auf Fondsebene nicht bei jedem einzelnen Verkauf innerhalb des Fonds, sondern erst bei einem endgültigen Verkauf der Fondsanteile beim Anleger zum Verkaufszeitpunkt versteuert. Dies bedeutet je nach Anlagedauer einen erheblichen **Steuerstundungseffekt** innerhalb der *Schmitz & Partner Fonds* gegenüber einer Anlage in Einzelfonds oder auch in einzelnen Wertpapieren!

**Durch beliebige Kombination der beiden *Schmitz & Partner Fonds* ist jede erdenkliche individuelle Risikopräferenz für Sie als Kunde umsetzbar:** Von einem sehr risikoarmen Investment (Anlage ausschließlich im *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds*) über ein etwas renditestärkeres Investment (Aufteilung des Anlagebetrages beispielsweise zu 60 Prozent in den *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* und zu 40 Prozent in den *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds*) bis hin zu einem chancenorientierten Investment (der zur Verfügung stehende Betrag wird ausschließlich in den *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds* angelegt).

Ein weiterer wichtiger Vorteil: Sie legen zu Beginn Ihrer Investition nur einmal Ihre persönliche Risikofähigkeit und Ihre Risikobereitschaft fest, was dann unmittelbare Konsequenzen für Ihr Risikoprofil und damit das Mischungsverhältnis der beiden *Schmitz & Partner Fonds* in Ihrem Wertpapierdepot hat. Veränderungen an den Börsen und daraus notwendige Reaktionen durch Umschichtungen und Transaktionen nehmen wir für Sie kostengünstig auf der Fondsebene innerhalb der beiden *Schmitz & Partner Fonds* vor.



**Die Vorteile der beiden *Schmitz & Partner Fonds* für Sie auf einen Blick:**

Kriterien	Vorteile für Sie als Investor
Professionelle Vermögensverwaltung	Erfolgreiche Vermögensverwaltung innerhalb der beiden <i>Schmitz &amp; Partner Fonds</i> statt Anlage auf Kundenebene mit Einzelfonds.
Diversifizierung	Weltweite Investments in Zielfonds mit unterschiedlichen Investmentstilen und in aussichtsreiche Einzelwertpapiere.
Rendite	Nachgewiesenermaßen höhere Rendite durch aktives Fondsmanagement im Vergleich zu passiver Anlage in Indizes (ETFs).
Ausgabeaufschläge u. Transaktionskosten	Keine Ausgabeaufschläge beim Kauf von Zielfonds, erheblich niedrigere Kosten beim Kauf und Verkauf von Einzelwertpapieren.
Abwicklungsaufwand	Nur einmaliger Kauf der <i>Schmitz &amp; Partner Fonds</i> im Vergleich zu häufigem An- und Verkauf einzelner Fonds bzw. Wertpapiere.
Sicherheit	Hohes Maß an Schutz und Solidität durch die Unterstellung unter das deutsche Investmentgesetz. Kein Insolvenzrisiko!
Abgeltungsteuer	Signifikante langfristige Vermögensvorteile durch Steuerstundungseffekt auf Fondsebene.
Renommierte und professionelle Partner	FRANKFURT-TRUST Investment-Gesellschaft mbH, BNY Mellon Asset Servicing (früher: BHF-BANK AG), SCHMITZ & PARTNER AG
Internationale Anerkennung	Zahlreiche Spitzenplatzierungen in der Presse (mehrfach Platz 1) und Auszeichnungen mit Ratings (wie z. B. Morningstar)

Besonders stolz sind wir auf die **zahlreichen Spitzenplatzierungen** in verschiedenen Medien und Publikationen sowie Auszeichnungen der beiden *Schmitz & Partner Fonds* im Jahr 2011. Zahlreiche Veröffentlichungen führten den *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* in den letzten Monaten auf verschiedenen Ranglisten an Nummer eins oder Nummer zwei. Hier eine kurze Auswahl:

So rangierte der *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* zum Beispiel in der Februar-Ausgabe der Zeitschrift *Das Investment* in der Rubrik „Dachfonds Rentenorientiert“ unter fast 50 untersuchten Fonds sowohl bei der erzielten Rendite als auch beim dafür eingegangenen Risiko auf **Platz 1** (*DAS INVESTMENT* 02/2011, Seite 80). In der Zeitschrift *Fonds professionell* lag der *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* in der Kategorie „Defensiv (jünger als 3 Jahre)“ ebenfalls auf **Platz 1** (*FONDS professionell* 1/2011, Seite 68 – 69). Diese Erfolge wurden um einen weiteren ersten Platz in der Juniausgabe des Onlinemagazins von *FinanzMonitor* ergänzt: **besten Fonds** in der Rubrik „Vermögensverwaltende Fonds“ (Top Fonds defensiv im Ein-Jahres-Vergleich)!

In den darauf folgenden Wochen wurden weitere Spitzenplatzierungen für den *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* veröffentlicht. So zum Beispiel in der *WirtschaftsWoche* vom 29. August 2011 auf Seite 92 (Die besten Mischfonds: Wie die erfolgreichsten Portfolio-Manager abgeschnitten haben). Hier lag der Fonds sowohl bei der Wertentwicklung seit einem Jahr als auch seit drei Jahren und zusätzlich bei der

Betrachtung der Volatilität (sehr niedriges Risiko) auf den vordersten Plätzen. In der *Fidelity Dachfondsstudie 2011* (Seite 35) rangierte der *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* in der Rubrik „Mischfonds EUR Defensiv“ auf **Platz 2**.

Im November 2011 kam eine weitere Platzierung als Nummer Eins hinzu: In einer ausführlichen Untersuchung des Magazins *€uro* (Ausgabe 11/2011, Seite 70 - 75) über Dachfonds mit unterschiedlichen Anlagestrategien wurde der *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* in seiner Gruppe auf **Platz 1** gesetzt! Das Magazin schreibt: „Der Individualist. Dagegen ist Holger Schmitz der klassische Vermögensverwalter, der auf sein eigenes Urteil baut. ‚Politiker sind nicht die Lösung, sondern das Problem‘, sagt er zur Eurokrise. Im Schmitz & Partner Global Defensiv hat er daher in Schweizer Franken, skandinavische Währungen sowie physisches Gold und Silber investiert. Zudem hält er Value-Aktien. ‚Aktien sind Sachwerte. Dazu gibt es keine Alternative‘, sagt er.“ (Seite 75)

Und auch der *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds* hielt sich in dem schwierigen Börsenumfeld ausgezeichnet: in der Ausgabe des *€uro fondsexpress* rangierte der Fonds in der Rubrik „Dachfonds Aktien“ von insgesamt 117 untersuchten Investmentfonds unter den besten Zehn (*€uro fondsexpress* 26/2011 vom 1. Juli 2011, Seite 43).

## 4. Aktuelle Stichworte

### 4.1 Schuldenkrise

„Staatsverschuldung ist eine der schrecklichsten Geißeln, die je zur Plage einer Nation erfunden worden ist.“

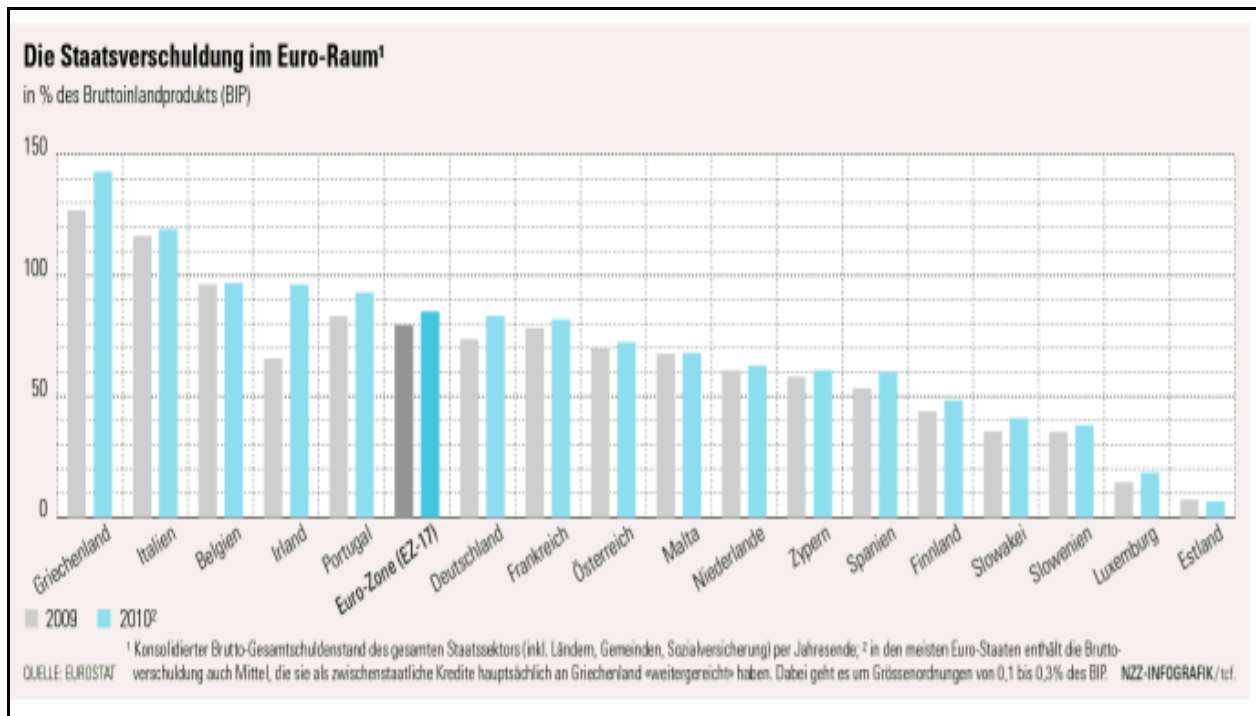
Die Aussage stammt von *David Ricardo* (1772 – 1823), der diese Erkenntnis bereits im Jahr 1820 hatte. Fast zweihundert Jahre später scheint man sich durch die dauernden Berichte in den Medien über die Staatsdefizite in der Europäischen Union an das dicke Minus in den Finanzhaushalten schon gewöhnt zu haben. Doch die Löcher, die unsoliden Finanzgebaren und verantwortungslose Politiker in die Staatskassen gerissen haben, sollten statt dessen hochgradig alarmieren.

Nach den Daten von *Eurostat* hat sich der durchschnittliche Schuldenstand in den 27 Ländern der EU in nur vier Jahren von bereits beunruhigend hohen knapp 60 Prozent weiter auf 80 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) erhöht:<sup>11</sup>

---

<sup>11</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 27. April 2011, Seite 26.





Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 27. April 2011, Seite 25

Erschreckenderweise ist in der obigen Grafik zu erkennen, dass bei allen aufgeführten Ländern im Euro-Raum die Staatsverschuldung im Vergleich der Jahre 2009 (grauer Balken) zu 2010 (blauer Balken) gestiegen ist – trotz einer nach dem Krisenjahr 2008 wieder wirtschaftlich besseren Zeit. Weltweit betrachtet haben die Staaten ihre Verschuldung in den letzten zehn Jahren auf insgesamt 55 Billionen US-Dollar verdoppelt!<sup>12</sup>

Nicht in dem Schaubild aufgeführt sind die **soliden europäischen Länder Schweiz, Norwegen, Schweden und Dänemark**, die allesamt eine Staatsverschuldung von nur etwa 40 Prozent des BIP aufweisen, also halb soviel wie Deutschland! Dies ist einer der Motive, weshalb im *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds der Anteil der Währungen aus diesen Ländern zum Jahresende 2011 bei 45 Prozent liegt. Der Euro-Anteil im Fonds weist dagegen nur rund 49 Prozent des gesamten Fondsvermögens auf; der Rest verteilt sich auf andere Währungen. Berücksichtigt man darüber hinaus, dass einige Zielfonds im *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds zwar in Euro ausgedrückt werden, aber kaum Eurowerte im Fondsvermögen enthalten, so ist der tatsächliche Euro-Währungsanteil des Fonds noch deutlich geringer.

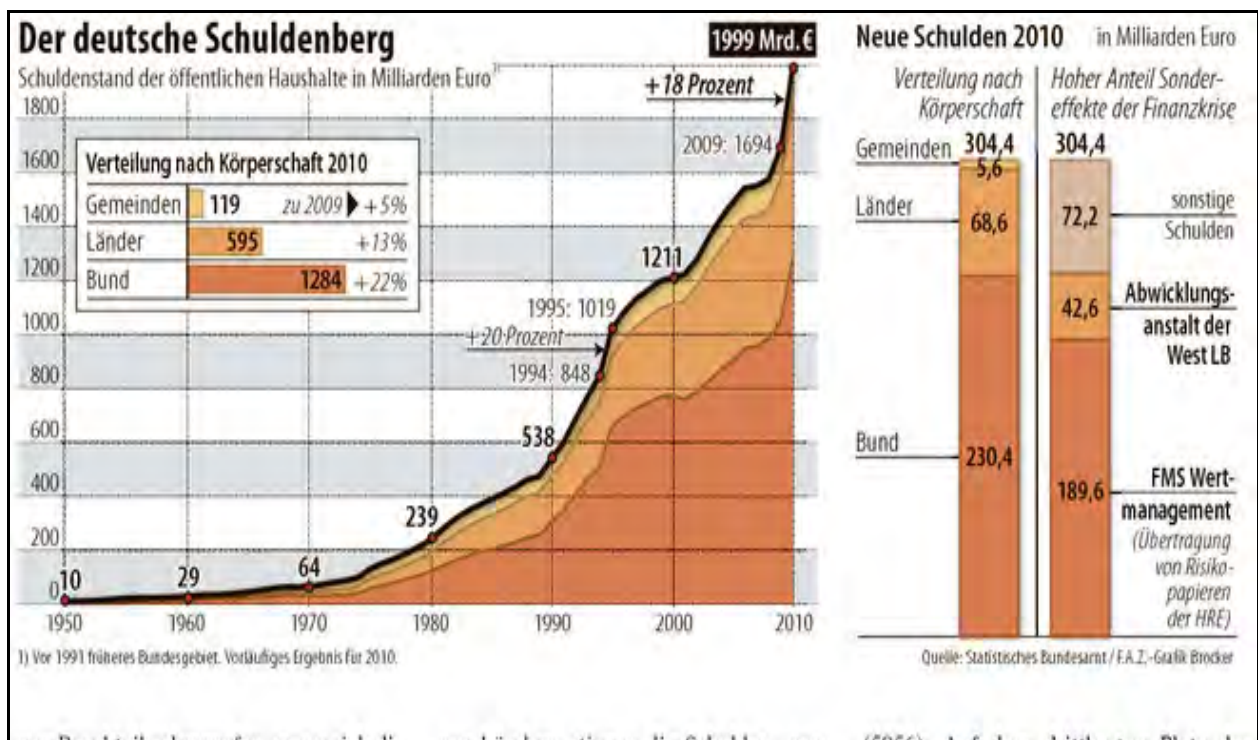
Ebenfalls fehlt in der obigen Aufstellung die **Verschuldungssituation der sogenannten „Emerging Markets“**. Auch hier liegen die Zahlen bei weitem unterhalb der Werte der industrialisierten Länder. Für den *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds ist dies ein Grund (neben den nachhaltig deutlich höheren Wachstumsraten dieser Volks-

<sup>12</sup> Vgl. den Artikel „In der Schuldenfalle“ in *DER SPIEGEL* vom 2. Januar 2012, Seite 62 - 68, hier Seite 64. Die höchsten Staatsschulden haben die USA mit 15 Billionen Dollar, gefolgt von Japan mit 13 Billionen Dollar – Deutschland ist mit seinen 2 Billionen Euro fast schon abgeschlagen. In dem Artikel wird die Schuldenmacherei der Staaten schon mit dem „klassischen Schneeballsystem“ und dem „Ponzi-Spiel“ verglichen (Seite 63).



wirtschaften), warum die bisher schon existierende Konzentration auf Aktien bzw. Aktienfonds mit Anlageschwerpunkt in den Emerging Markets im Laufe des letzten Jahres bei fallenden Aktienkursen zunehmend erhöht worden ist. Per Ende 2011 wiesen insgesamt ungefähr 34 Prozent des Wertpapierbestandes direkt oder indirekt einen Bezug zu den Emerging Markets auf. In beiden *Schmitz & Partner Fonds* ist es aus unserer Sicht wichtig und richtig, der sich dramatisch zuspitzenden Staatsverschuldungsproblematik zu stellen und auf die weniger oder gar nicht gefährdeten Länder und Währungen auszuweichen. **Genau dies leisten wir für unsere Kunden!**

Wie schlimm die Verschuldungssituation auch in absoluten Zahlen in den industrialisierten Ländern inzwischen geworden ist, zeigt der Blick auf die nachfolgende Grafik, der schon bei oberflächlicher Betrachtung sofort ein Gefühl für die Bedrohung durch die exponentiell steigende (in diesem Fall deutsche) Staatsverschuldung vermittelt:



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Februar 2011, Seite 10

Allerdings ist den meisten Betroffenen die dahinter stehende Dramatik gar nicht bewusst. Ein bildhaftes Beispiel möge dies hoffentlich ändern: Seerosen auf einem Teich wachsen jeden Tag derart, dass sich die bedeckte Seeoberfläche durch die Seerosenblätter täglich verdoppelt. Nach genau 50 Tagen ist Oberfläche des Sees komplett zugewuchert. Nach wie vielen Tagen war die Hälfte des Sees bedeckt? Die Mehrheit der an lineares Denken gewohnten Befragten wird als Lösung sicherlich „nach 25 Tagen“ antworten. Nur ein kleiner Teil wird die richtige Lösung „nach 49 Tagen“ nennen und die exponentielle Funktion in der Fragestellung erkennen. Dieses Beispiel sollte jeder Betrachter im Hinterkopf haben, wenn er sich die obige Entwicklung der deutschen Staatsschulden anschaut. Sind wir aktuell schon am 48. oder 49. Tag unseres See-



rosenbeispiels angekommen – oder vielleicht erst am 40. Tag? Und was passiert dann am unweigerlich näher rückenden 50. Tag?

Diese traurige Entwicklung der Staatsschulden und das damit verbundene negative wirtschaftliche Umfeld sind historisch betrachtet allerdings nicht neu. „Bankrotte Staaten, Bankenkrisen, geplatze Währungsunionen, Hyperinflationen – das alles gibt es seit Jahrhunderten, und die Ursache dieser Katastrophen ist stets die gleiche: Staaten verschulden sich bis über die Halskrause, verbrennen das Geld ihrer Bürger für unsinnige Veranstaltungen und entziehen sich der Verantwortung, indem sie die Rückzahlung einstellen.“<sup>13</sup>

Und genau dies wird in naher Zukunft wieder passieren: **„Wir werden über die nächsten Jahre viele Staatsbankrotte in Europa sehen.“**<sup>14</sup> Ähnlich argumentiert Professor *Friedrich Thießen* in einer Studie über die Rückzahlungswahrscheinlichkeit von Staatsschulden: „Es muss davon ausgegangen werden, dass in vielen Industrieländern nicht wenige Abgeordnete mit dem Gedanken spielen, sich ihre Arbeit entweder auf Kosten der Gläubiger (offene Umschuldung) oder indirekt auf andere nicht marktgerechte Art und Weise (z. B. mit Hilfe der Zentralbanken) zu erleichtern und die **Schulden nicht ordnungsgemäß zu tilgen.**“<sup>15</sup> Dabei kommt es nach seinen Analysen bei der Überlegung, ob ein Staat seine Schulden zurückzahlt oder nicht, eben nicht nur auf die verfügbaren Ressourcen, sondern auch auf die Einstellung des Staates zu seinen Verpflichtungen an. Oder mit anderen Worten: Es ist mehr eine Frage des Wollens als des Könnens.<sup>16</sup>

Als Grund nennt *Thießen* den engen Zusammenhang zwischen Korruption und Umschuldungen: „In Ländern mit Korruption herrscht ein Klima, in dem man sich nicht den Zwängen der Märkte aussetzen möchte, sondern nach marktfremden Lösungen sucht, seine Ziele zu erreichen. In Ländern mit Korruption sind die Wirtschaftssubjekte dahin erzogen, **sich Ressourcen anderer leistungslos anzueignen** – das ist der Sinn der Korruption.“<sup>17</sup>

---

<sup>13</sup> *Hanno Beck / Aloys Prinz*: Abgebrannt – Unsere Zukunft nach dem Schulden-Kollaps, Carl Hanser Verlag, München 2011, Seite 2. Beck war bis 2006 Mitglied der Wirtschaftsredaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und ist seit 2006 Professor für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik an der Hochschule Pforzheim. Prinz ist seit 2000 Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz.

<sup>14</sup> *Kenneth Rogoff* in einem Interview mit der Schweizer Zeitschrift *Bilanz* vom 17. Juni 2011 auf den Seiten 52 - 57, hier Seite 55. Rogoff ist Ökonomeprofessor in Havard und zusammen mit seiner Kollegin *Carmen Reinhart* Autor des 2009 erschienen Bestsellers „This Time Is Different“, der erstmals systematisch die Schuldenkrisen der letzten 800 Jahre untersuchte.

<sup>15</sup> *Friedrich Thießen / Johannes Weigl*: Irland, Griechenland und Co. – Der Korruptionsindex als Indikator für die Rückzahlungswahrscheinlichkeit von Staatsschulden, Technische Universität Chemnitz – Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftswissenschaftliche Diskussionspapiere 106/2011, Seite 8. Hervorhebungen durch *Schmitz & Cie.*

<sup>16</sup> Vgl. *Friedrich Thießen / Johannes Weigl*, aaO, Seite 3.

<sup>17</sup> *Friedrich Thießen / Johannes Weigl*, aaO, Seite 2, Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.* Professor Thießen wies in einem Gespräch am 6. Juni 2011 mit dem Verfasser dieses Investmentfonds-Berichtes noch einmal besonders darauf hin, warum Umschuldungen von Staatsschulden nicht in erster Linie eine Frage der Rückzahlungsfähigkeit, sondern der Rückzahlungswilligkeit seien: Seine Untersuchungen hätten ergeben, dass zwischen der Umschuldungsneigung und dem Korruptionsgrad eines Landes (gemessen an den Daten des Pariser Clubs und dem CPI-



So gehört zum Beispiel *Griechenland* zu einer Gruppe von Ländern mit starker Korruption. Diese Länder haben sich in der Vergangenheit mehrheitlich ihrer Lasten durch Umschuldung entledigt und schon mehrfach ihre Gläubiger ausgenutzt. Die Wahrscheinlichkeit, dass die griechischen Abgeordneten zum Instrument der Umschuldung greifen und sich auf Kosten ihrer Gläubiger sanieren, beziffert *Thießen* in seiner Studie auf 52 Prozent.<sup>18</sup> Ähnlich gefährdet sind daneben auch *Spanien*, *Portugal* und *Italien*, die alle einen mittleren bis starken Korruptionscharakter aufweisen.

Die schon erwähnten Professoren *Beck* und *Prinz* fragen daher völlig zu Recht: „Warum soll ein Staat seine Schulden zurückzahlen, wenn es doch viel günstiger für ihn wäre, nichts zu zahlen?“<sup>19</sup> Und weiter: „So frech dieser Gedanke klingt, so naheliegend ist er doch, denn **die Verluste der Anleger, denen der Staat ihr Geld nicht zurückzahlt, sind die Gewinne des Staates.**“<sup>20</sup> Die beiden Autoren fahren fort: „Die Kosten, die den Anlegern durch einen Staatsbankrott entstehen, sind gesamtwirtschaftlich betrachtet keine Kosten, sondern nur eine Umverteilung von finanziellen Mitteln. Oder wie man es plastisch an den Börse formuliert: Ihr Geld ist nicht weg, es hat nur ein anderer.“<sup>21</sup>

Passend dazu bereiten die Schlagzeilen in der Presse bereits die kommende Umverteilung vor: **„Die Staaten haben hohe Schulden. Dafür haben die Privaten hohe Vermögen.“**<sup>22</sup> Noch deutlicher werden die Professoren *Jens Beckert* und *Christoph Deutschmann*: „Die Schuldenkrise ist Kehrseite eines übermäßigen Aufbaus an Vermögen, das durch keine Substanz gedeckt ist. Sie ist daher nur lösbar, wenn die Vermögen reduziert werden.“<sup>23</sup> Und auch die *WirtschaftsWoche* sekundiert indem sie titelt: „Kalte Enteignung: Die Verbindlichkeiten der USA und Europas haben ein Ausmaß angenommen, das durch Sparen und Wachstum nicht mehr zu beherrschen ist. Was bleibt, ist der Zugriff auf Konten der Sparer durch Regulierung, niedrige Zinsen und Inflation.“<sup>24</sup> Der lesenswerte Artikel endet mit den Worten: **„Die Enteignung des deutschen Steuerzahlers ist daher unvermeidbar.“**<sup>25</sup>

---

Corruption-Index von Transparency International) eine extrem hohe Korrelation existiere, wie sie in den Sozialwissenschaften in dieser Form Seltenheitswert habe.

<sup>18</sup> Vgl. *Friedrich Thießen / Johannes Weigl*, aaO, Seite 6 - 7. Thießen vermutet, dass Griechenland die Umschuldung nur solange aufschieben werde, solange frisches Kapital in Form von Hilfen der EU-Staaten zugeschossen werden wird.

<sup>19</sup> *Hanno Beck / Aloys Prinz*, aaO, Seite 22.

<sup>20</sup> *Hanno Beck / Aloys Prinz*, aaO, Seite 23. Hervorhebungen durch *Schmitz & Cie.*

<sup>21</sup> *Hanno Beck / Aloys Prinz*, aaO, Seite 23.

<sup>22</sup> Einführende zwei Sätze des Artikels „Sehr hohe Geldvermögen im Euroraum“ in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Dezember 2011, Seite 19.

<sup>23</sup> *Jens Beckert* und *Christoph Deutschmann* in dem Aufsatz „Es gibt zu viel Vermögen“ im *Handelsblatt* vom 15. Dezember 2011, Seite 8 - 9, hier Seite 8. Beckert ist Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Deutschmann lehrt Sozial- und Verhaltenswissenschaft am Institut für Soziologie an der Universität Tübingen. Die beiden Autoren fordern zur Lösung der Schuldenkrise unter anderem eine Erhöhung der Kapitalsteuern und zusätzlich eine einmalige Vermögensabgabe.

<sup>24</sup> *WirtschaftsWoche* vom 9. Januar 2012, Seite 20 - 23, hier Seite 20.

<sup>25</sup> *WirtschaftsWoche* vom 9. Januar 2012, Seite 23.



Aber auch diese Überlegungen sind nicht neu. Schon *Ludwig Erhard* warnte bereits vor Jahrzehnten vor den Folgen übermäßiger Staatsverschuldung: „Die Politik der bewußten Überschuldung ist eine hochexplosive Politik. Und einmal wird der Tag kommen, da der deutsche Bürger wird erfahren müssen, dass die Schulden, die der Staat macht und die er nach außen als zum ‚Wohle des deutschen Volkes‘ deklariert, dass er diese Schulden zu bezahlen habe.“<sup>26</sup>

Die schon erwähnte Co-Autorin *Carmen Reinhart* (zusammen mit Kenneth Rogoff) sagt in aller Deutlichkeit: „**Wenn die Droge Staatsverschuldung abgesetzt wird, werden die Entzugserscheinungen qualvoll sein.**“<sup>27</sup> Und auch der Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftsweise), Professor *Wolfgang Franz*, stößt in das gleiche Horn: „Es ist wie bei der Befreiung eines Drogenabhängigen von seiner Sucht: Die Entziehungskur ist sehr schmerzlich, aber danach geht es dem Betroffenen wesentlich besser als vorher.“<sup>28</sup> Ganz ähnlich argumentieren *Beck / Prinz*: „Weltweit haben sich die Staaten in den vergangenen Jahren von der Droge Staatsverschuldung ernährt, und mit jedem Tag kommen wir dem Punkt näher, an dem diese Sucht ihre hässlichen Folgen bei den Bürgern und Gläubigern dieser Staaten zeigen wird. Ob Steuern, Inflation, Enteignungen, Währungsschnitte – zahlen werden zum Schluss wir, die Bürger ...“<sup>29</sup>

„Ein Staat, der vor dem Bankrott steht, wird alles tun, um an das Privatvermögen seiner Bürger zu gelangen und die Staatsschulden zu verringern.“<sup>30</sup> Wem von unseren Lesern die Variante der **Schuldenreduzierung durch Enteignung** zu dramatisch erscheint, dem bleibt noch eine letzte Möglichkeit, den stetig steigenden Belastungen aus dem wachsenden Schuldenberg zu entkommen: „**Schuldenabbau durch Inflation**“.<sup>31</sup>

---

<sup>26</sup> Fiktives Interview von *Ludwig Erhard* mit dem *Handelsblatt* vom 30. September / 1. Oktober 2011, Seite 10 - 11, hier Seite 10. Die Antworten von Erhard beruhen auf Originalzitaten aus seinen Regierungserklärungen, Parlamentsansprachen und Interviews sowie aus seinem Wirtschaftsbuch-Klassiker „Wohlstand für alle“ aus dem Jahr 1957.

<sup>27</sup> *Carmen Reinhart* im Interview („Qualvoller Entzug“) mit der Zeitschrift *Capital* vom 21. April 2011, Seite 42 - 43, hier Seite 42, Hervorhebungen durch *Schmitz & Cie.* Reinhart war Chefökonomin bei Bear Stearns und wechselte dann als Professorin an die University of Maryland. Als Ursache diagnostiziert sie im selben Interview: „Staatspleiten sind fast immer die Folge wahnwitziger Schuldenmacherei. Gleichzeitig behaupten die Ökonomen und Politiker selbstherrlich, die alten Regeln hätten ihre Gültigkeit verloren.“

<sup>28</sup> *WirtschaftsWoche* vom 19. Dezember 2011, Seite 122. Franz ist Inhaber eines Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim und Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim.

<sup>29</sup> *Hanno Beck / Aloys Prinz*, aaO, Seite 250.

<sup>30</sup> *Michael Grandt / Gerhard Spannauer / Udo Ulfkotte*: Europa vor dem Crash, 2. Auflage April 2011, Kopp Verlag, Rottenburg 2011, Seite 105. Die Autoren führen in ihrem Buch zahlreiche Erfahrungen aus der Vergangenheit mit der Willkür der regierenden Politiker als warnende Beispiele für die Zukunft an.

<sup>31</sup> Titel eines Artikels in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 15. Februar 2010, Seite 19.

## 4.2 Inflation

Inflation ist nichts anderes als die unverhältnismäßige Ausweitung bzw. Aufblähung (lateinisch: inflare) der Geldmenge im Vergleich zur Gütermenge. In den letzten zehn Jahren ist diese Geldmenge im Euroraum mehr als doppelt so stark gestiegen wie das Wachstum der Gütermenge.<sup>32</sup> Die Folge solcher Geldmengenausweitungen sind steigende Preise. Und **steigende Preise** - oder anders formuliert: sinkende Kaufkraft - **helfen den hochverschuldeten Staaten, ihre enormen Belastungen zu reduzieren**. Zwar nicht nominal, aber real! „Es reicht eine durchschnittliche negative Realverzinsung (Zinsen minus Inflation) von minus 7,18 Prozent. Dann dauert es zehn Jahre – und Schulden und Vermögen haben sich real betrachtet halbiert.“<sup>33</sup> Und eine negative Realverzinsung haben wir bereits in Deutschland. Dass die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe unterhalb der Teuerungsrate liegt, hat es seit 50 Jahren nicht mehr gegeben.<sup>34</sup> Mit anderen Worten: der Gläubiger, also der Sparer, bezahlt dafür, dem deutschen Staat Geld leihen zu dürfen!

Inflationsraten in dieser Höhe sind längst Realität, aber noch glaubt die Mehrheit der Bevölkerung an die offiziell verbreitete Mär von Inflationsraten von „um die zwei Prozent“. Wie lange lässt sich dieser Irrglaube noch aufrechterhalten? „Die **offizielle Inflationsrate** von 1,7 % ist das Ergebnis eines ständigen Umgestaltungsprozesses der statistischen Ermittlung der Teuerungsrate. Würde man die gleichen Warenkörbe wie in den 80er Jahren (damals begannen die Änderungen) zugrundelegen, würde die Teuerung bei deutlich über 8 % liegen.“<sup>35</sup>

In den USA sind diese um die statistischen Tricks bereinigten Inflationsraten längst einer interessierten und besorgten (aber leider noch zu kleinen) Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden und es zeigt sich, dass die tatsächlichen Inflationsraten in den letzten zehn Jahren eher um die zehn Prozent oszillierten (die blaue Kurve in der unten stehenden Grafik) als um die gewünschten zwei Prozent, die offiziell als Rate des Kaufkraftschwundes verkündet werden (rote Linie). Und ist es nicht erstaunlich, dass immer dann die Berechnungsmethode geändert wird, wenn die offizielle Inflationsrate deutlich über die von der Politik gewünschten zwei Prozent zu steigen droht?

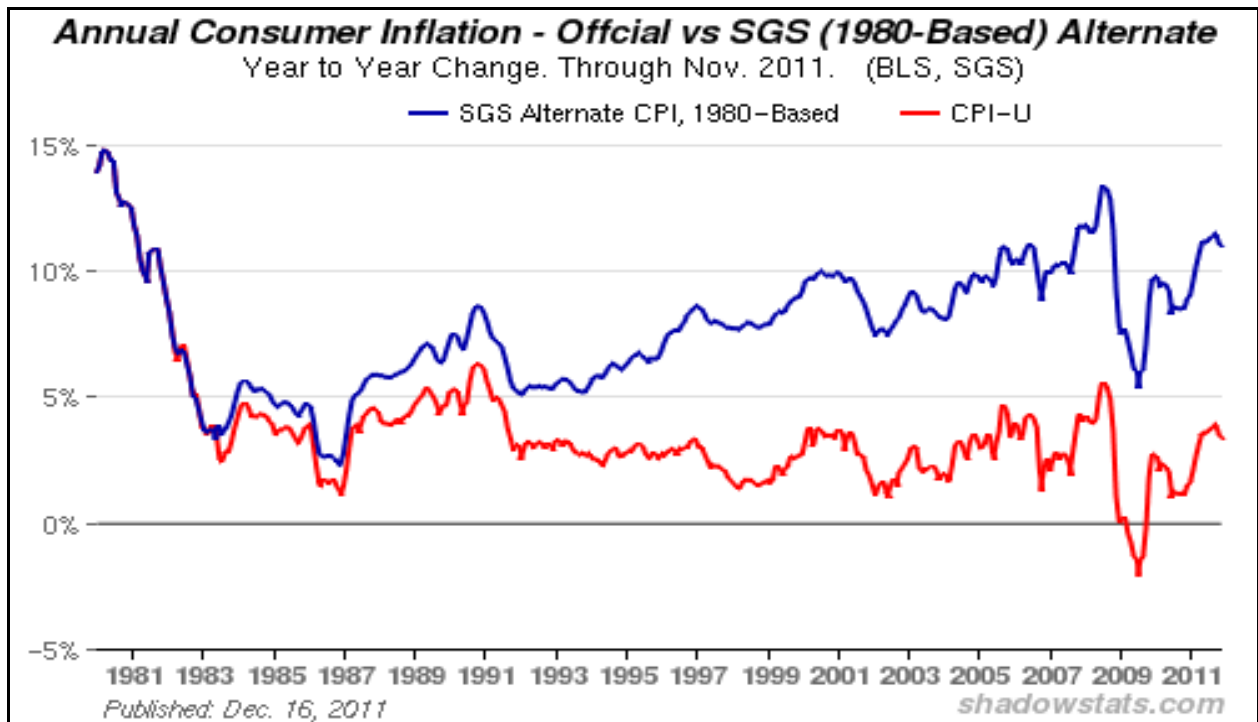
---

<sup>32</sup> Vgl. *Henrik Müller*: Sprengsatz Inflation – Können wir dem Staat noch vertrauen?, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2010, Seite 63 oder auch *Stefan Riße*: Die Inflation kommt – Die besten Strategien sich zu schützen, FinanzBuch Verlag, München 2010, Seite 12 - 13. Zu einem noch krasserem Missverhältnis zwischen Geldmengen- und Güterwachstum kommt der *Smart Investor* in der Titelgeschichte der Ausgabe im Dezember 2010 (Inflation – vom „schönen“ Schein), Seite 16 - 26, wo er im Euroraum ein Geldmengenwachstum (M3) von 90 Prozent und ein Anstieg der Gütermenge von lediglich 15 Prozent für den Zeitraum von 1999 bis 2010 konstatiert (Seite 16).

<sup>33</sup> *Stefan Riße*: Die Inflation kommt, Seite 205.

<sup>34</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 4. August 2011, Seite 19.

<sup>35</sup> *FINANZWOCHEN* vom 9. März 2011, Seite 1.



Quelle: John Williams' "Shadow Government Statistics" ([www.shadowstats.com](http://www.shadowstats.com))

Wie kann es sein, dass die Preise ständig deutlich steigen, die offizielle Inflationsrate aber konstant niedrig ausgewiesen wird? Einer der vielen statistischen Tricks ist die sogenannte „**hedonischen Preismessung**“. Bei dieser Methode werden Preiserhöhungen gegen die Qualitäts- oder Produktivitätssteigerungen von technischem Fortschritt aufgerechnet. Ein VW Golf beispielsweise hat im Laufe der Jahre ständig technische Verbesserungen erlebt. Das hat statistisch gesehen die Konsequenz, dass die permanenten Preiserhöhungen nur zum Teil in die Preismessung einfließen, trotzdem muss der Käufer natürlich immer höhere Preise für sein Golfmodell bezahlen. Dies führt dazu, dass in den offiziellen Statistiken das Wirtschaftswachstum höher, die Inflationsrate aber niedriger ausgewiesen wird als das von einem Großteil der Bevölkerung wahrgenommen wird. Diese statistisch fragwürdige Methode wird in den USA, aber auch in Großbritannien, Australien und anderen Ländern angewandt.<sup>36</sup>

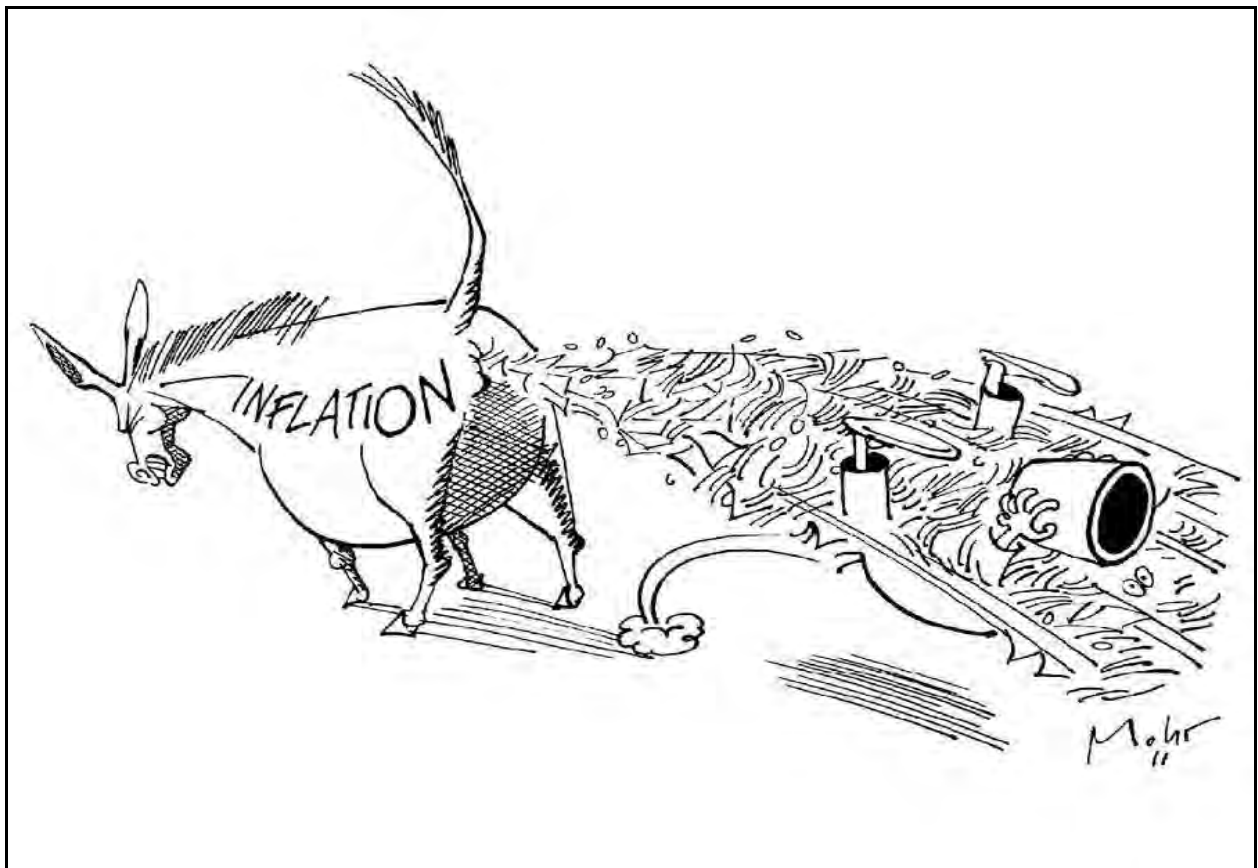
Eine andere gerne verwendete Variante ist der Ansatz, dass die Preisstatistiker immer davon ausgehen, dass die Verbraucher auf ein vergleichbares Produkt umsteigen, wenn das andere Produkt teurer geworden ist. Steigt also beispielsweise der Preis für Butter, dann rechnen die Statistiker in den USA so, als ob die Bürger statt Butter die gleiche Menge an Margarine gekauft hätten, weil Margarine nicht teurer geworden ist. Es wird also immer so getan, als ob die Verbraucher das billigere Produkt kaufen. Und wenn ein Produkt auf Dauer zu teuer geworden ist, und keine günstige Kaufalternative existiert, dann wird das teure Produkt eben aus dem Warenkorb entfernt. So kann die offizielle Inflationsrate immer relativ niedrig bleiben.<sup>37</sup>

<sup>36</sup> Vgl. den Artikel „Die Mär vom bösen Teuro“ in *Euro* 01/2012, Seite 40.

<sup>37</sup> Vgl. hierzu *Janne Jörg Kipp / Rolf Morrien: Staatsbankrott voraus!*, 2. überarbeitete Auflage 2011, FinanzBuch Verlag, München 2011, Seite 109.



Und auch in Deutschland wird die offizielle Statistik systematisch „geschönt“. Das Ziel ist dabei, „... **die Öffentlichkeit zu beschwichtigen**.“<sup>38</sup> Die wahre Entwertung der Kaufkraft ist weit höher als die vom *Statistischen Bundesamt* in Wiesbaden monatlich veröffentlichte Zahlenangabe.<sup>39</sup> Zwar ist die offizielle Rate nicht falsch. Sie basiert auf einem fiktiven Warenkorb, der das Einkaufsverhalten von 60.000 Haushalten widerspiegelt. Gewichtet man die Alltagsgüter jedoch stärker als in der offiziellen Zusammensetzung des Warenkorbs, nämlich mit ihrer Kaufhäufigkeit, dann erhält man eine „**gefühlte Inflation**“, die der tatsächlichen Preissteigerung eher entspricht. Der kürzlich verstorbene Professor *Hans Wolfgang Brachinger* hat vor einigen Jahren den **Index der wahrgenommenen Inflation** entwickelt, der im Juni 2011 mit 4,8 Prozent eine mehr als doppelt so hohe Inflation auswies als die 2,3 Prozent des offiziellen Verbraucherpreisindex.<sup>40</sup>



Quelle: *Handelsblatt* vom 22. Februar 2011, Seite 8

<sup>38</sup> Thorsten Polleit in dem Aufsatz „Die Kaufkraft des Geldes wahren“ in der *WirtschaftsWoche* vom 14. März 2011, Seite 46, Hervorhebungen durch *Schmitz & Cie.* Polleit ist Honorarprofessor an der Frankfurt School of Finance & Management und Chief German Economist bei Barclays Capital.

<sup>39</sup> Für das Jahr 2011 wird ein Anstieg der Verbraucherpreise von 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr erwartet. Vgl. [www.destatis.de](http://www.destatis.de) unter Preise, Verbraucherpreisindizes. In anderen Ländern ist die aktuelle Inflation noch deutlich höher. Auf das gesamte Euroland bezogen beträgt die offizielle Preissteigerung 2,8 Prozent, in den USA liegt die Rate bei 3,4 Prozent und in Großbritannien bei 4,8 Prozent. Vgl. zu den Zahlenangaben *Martin Hüfner*: Die neue Inflation, *Finanz und Wirtschaft* vom 14. Januar 2012, Seite 2.

<sup>40</sup> Vgl. zu den Zahlenangaben den Artikel „Die Mär vom bösen Teuro“ in *Euro* 01/2012, Seite 38 - 40, hier Seite 40. *Brachinger* war bis zu seinem Tod am 30. Oktober 2011 zwanzig Jahre lang Professor und Direktor des Seminars für Statistik der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät an der Universität Freiburg in der Schweiz.



Andere (monetäre) Untersuchungen haben ergeben, dass man die „wahre Inflationsrate“ auch ohne den Warenkorb des Statistischen Bundesamtes berechnen kann. Hierzu legt man das wahre Verhältnis zwischen Geldmenge und Gesamtwert der Waren und Dienstleistungen zugrunde und erhält so einen Wert von 6,6 Prozent.<sup>41</sup>

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt eine ausführliche Untersuchung im *FOCUS* über „10 Jahre Teuro“: „Die heimliche Inflation entwertet unser neues Geld in Wahrheit stärker, als es die amtlichen Zahlen zugeben.“<sup>42</sup> Und weiter: „Der Warenkorb des staatlichen Zahlenorakels vom Statistischen Bundesamt kann die Teuerung gar nicht wirklich messen. Er enthält zum einen 700 Positionen, von denen die meisten Bundesbürger sicher nicht einmal ein Fünftel innerhalb eines Jahres wirklich kaufen. Zum anderen stecken viele Kuriositäten in der Sammlung wie ‚Wetterstation‘, ‚Wellensittich‘, ‚Melissengeist‘, ‚Kleingewächshaus‘ oder ‚Geflügelschere‘. Je mehr solcher Mumpitz (der sich kaum im Preis ändert) im Korb liegt, desto geringer die gemeldete Inflation.“<sup>43</sup> Wer mit offenen Augen durch die Realität in Deutschland geht, bekommt ein Gefühl für die „Richtigkeit“ der Zahlen vom Amt.

Darüber hinaus zeigt sich seit etwa Mitte der 1990er Jahre, dass das starke Geldmengewachstum zwar die Konsumgüter verteuert hat (was offiziell gemessen wird), aber noch vielmehr die Preise für Grundstücke, Häuser, Aktien und Rentenpapiere in die Höhe getrieben hat (was in den offiziellen Preisstatistiken nicht erfaßt wird). Diese Vermögenspreisinflation hat die Kaufkraft des Geldes jedoch genauso vermindert wie teurer gewordene Güter des täglichen Konsums.<sup>44</sup>

Inzwischen findet der aufmerksame Leser immer häufiger Berichte in den Medien, die die Bürger systematisch auf Zeiten deutlich höherer Inflationsraten vorbereiten. So wird verstärkt der schon erwähnte Professor *Kenneth Rogoff* in verschiedenen Presseartikeln zitiert, so zum Beispiel im *SPIEGEL*: „Ich sage nicht, dass eine Hyperinflation herbeigeführt werden soll, aber es muss auch den Mut geben, sich über die öffentliche Angst vor Preissteigerungen hinwegzusetzen. Ich glaube, dass sich die Zentralbanken daran gewöhnen müssen, mit einer Inflation deutlich über zwei Prozent zu leben.“<sup>45</sup> Was *Rogoff* unter „deutlich über zwei Prozent“ versteht, konkretisiert er in einem Aufsatz in der Schweizer Zeitung *Finanz und Wirtschaft*, in dem er ausführt: „der einzige praktikable Weg, ... , sei eine anhaltende, moderate Inflation – sagen wir vier bis sechs Prozent, über mehrere Jahre.“<sup>46</sup> Wenn es dann dabei bliebe!

---

<sup>41</sup> Vgl. *Janne Jörg Kipp / Rolf Morrien*: Staatsbankrott voraus!, 2. überarbeitete Auflage 2011, FinanzBuch Verlag, München 2011, Seite 127 - 128.

<sup>42</sup> *FOCUS* vom 28. November 2011, Seite 166 - 180, hier Seite 167.

<sup>43</sup> *FOCUS* vom 28. November 2011, Seite 178.

<sup>44</sup> Vgl. *Polleit*, aaO, Seite 46.

<sup>45</sup> *DER SPIEGEL* vom 8. August 2011, Seite 68.

<sup>46</sup> *Finanz und Wirtschaft* vom 10. August 2011, Seite 1.



Quelle: *Handelsblatt* vom 27. April 2011, Seite 6

Entlarvende und wachrüttelnde Berichte dieser Art sind Politikern natürlich ein Dorn im Auge. Sie erzählen zwar immer vom aufgeklärten und eigenverantwortlich handelnden Bürger, möchten in Wirklichkeit jedoch lieber das genaue Gegenteil davon haben. Es kann von den Volksvertretern allerdings auch nicht ernsthaft erwartet werden, dass sie ihre Bürger offen darüber informieren, dass die fleißigen Sparer in den nächsten Jahren faktisch einen Großteil ihres Vermögens verlieren werden. Denn würden sie dies tun, wäre das Vertrauen der Bürger sofort dahin und die Anleger flüchteten massenweise aus dem Papiergeld in Sachwerte. Dann aber blieben die aus Politikersicht erhofften Entschuldungseffekte durch Inflation aus. Denn nur wenn die Bürger weiter brav Staatsanleihen kaufen und Festgeld und Sparbücher besitzen, lassen sie sich durch eine Inflation enteignen. Es ist also **für den Schuldenabbau über Inflation unvermeidbares politisches Kalkül, die Bürger blind in die Inflationsfalle laufen zu lassen!**<sup>47</sup>

Gerade die steigende Inflation wird im Anlageverhalten aber noch viel zu wenig berücksichtigt. So schreibt beispielsweise das *Handelsblatt* in einer Überschrift: „Anleger fürchten Inflation, handeln aber nicht“.<sup>48</sup> Währenddessen setzt sich die notwendige Voraussetzung für nachhaltig hohe Inflationsraten, das Aufblähen (= inflare) der Geldmengen, unverändert fort. Die *Deutsche Bundesbank* berichtet hierzu: „Das Wachstum der Geldmenge M3 hat sich im ersten Vierteljahr 2011 spürbar beschleunigt. Damit setzte sich der bereits seit einigen Quartalen zu beobachtende Aufwärtstrend in der monetären Grunddynamik - jenes Geldmengenwachstum, das letztlich inflationsrelevant ist - fort.“<sup>49</sup>

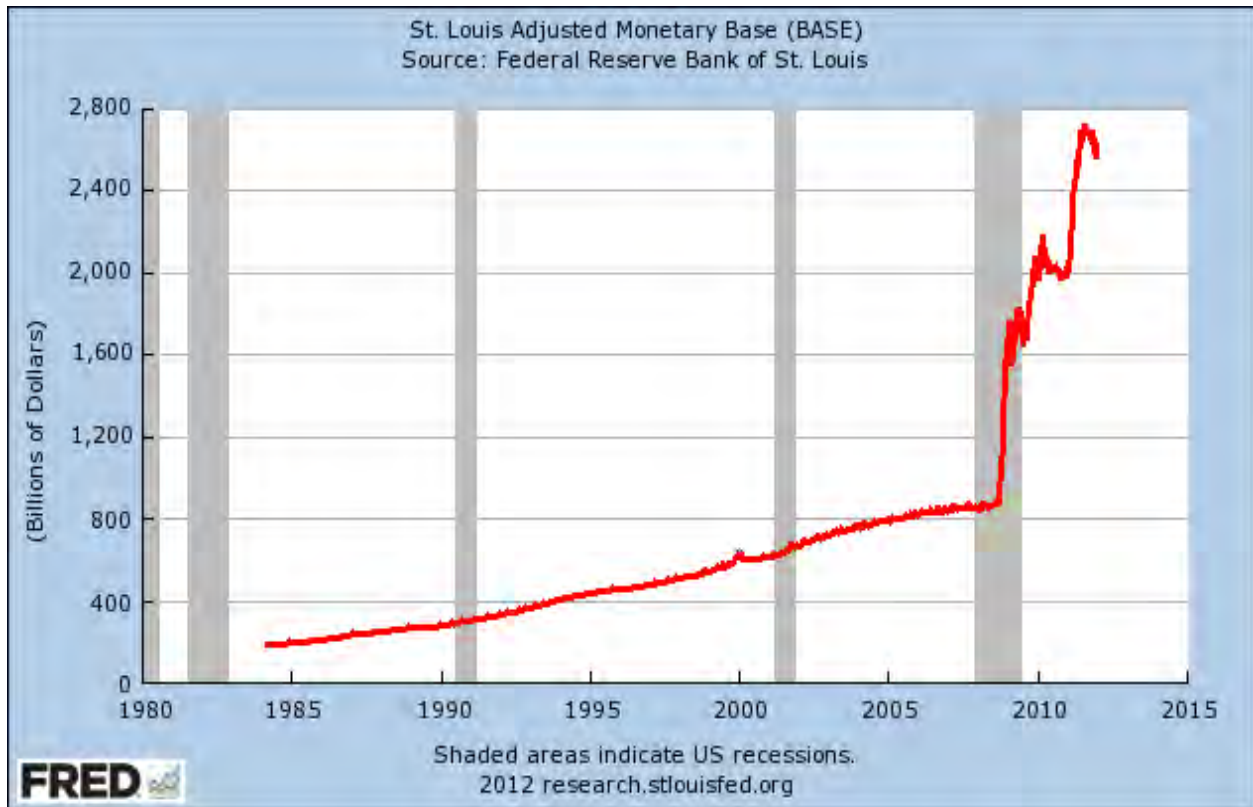
<sup>47</sup> Vgl. *Stefan Riße*: Die Inflation kommt, Seite 210.

<sup>48</sup> *Handelsblatt* vom 12. April 2011, Seite 39.

<sup>49</sup> *Deutsche Bundesbank*, Monatsbericht Mai 2011, Seite 7 - 8.



In den USA - wo die Geldmenge M3 seit dem Jahr 2006 politisch gewollt nicht mehr veröffentlicht wird -, kann man an der Bilanzsumme der US-Zentralbank ablesen, wie stark das inflationsfördernde Geldmengenwachstum ausfällt:



Quelle: *Federal Reserve Bank of St. Louis* (research.stlouisfed.org)

*Marc Faber* äußert sich in diesem Zusammenhang in einem Interview mit dem bezeichnenden Titel: „Hyperinflation und Kollaps drohen“ zu den in der obigen Grafik abgebildeten „**extrem unseriösen geldpolitischen Maßnahmen**“<sup>50</sup>: „Ich sehe für die Vereinigten Staaten nur einen Ausweg: Mehr Geld drucken. Von einer Exit-Strategie der Federal Reserve ist ja schon nicht mehr die Rede. Was erwarten Sie von einer Notenbank, deren Vizepräsidentin, Janet Yellen, sagt: ‚Wenn Negativzinsen möglich wären, würde ich diesen Weg wählen.‘“<sup>51</sup>

Das gleiche Bild wie in den USA mit stark gestiegenen Bilanzsummen der Notenbank bietet sich auch in Europa: „Noch hat die zusätzliche Liquidität keinen Inflationsschub ausgelöst, aber die Risiken sind enorm, dass es noch zu einem kräftigen Preisschub kommen kann. Bisher hat die EZB erst die sogenannte Geldbasis aufgebläht, also vor allem das Geld, das die Banken bei der EZB halten. Inflation droht aber erst, wenn die Geldmenge stärker wächst, also wenn die Banken wieder mehr Kredite vergeben und damit Geld schöpfen.“<sup>52</sup>

<sup>50</sup> *Sicheres Geld*: Sonderanalyse: Langfristige Baissen, November 2011, Seite 7.

<sup>51</sup> *FOCUS-MONEY* 11/2011, Seite 32 - 35, hier Seite 34.

<sup>52</sup> Zitat aus dem bemerkenswerten Aufsatz „Die wundersame Geldvermehrung“ im *Handelsblatt* vom 13./14. Januar 2012, Seite 8 - 13, hier Seite 11.

Deshalb denken Sie daran, liebe Leser dieses *Investmentfonds-Berichtes*, sich für die kommende Inflation richtig zu positionieren, denn: „**Selbst geringe Inflation reduziert die Kaufkraft des Geldes auf lange Sicht dramatisch.**“<sup>53</sup> Damit sind Sachwerte (solide Aktien, Gold und Silber) und nicht die angeblich so risikoarmen Geldwerte (Festgeld, Staatsanleihen, Lebensversicherungen usw.) das Gebot der nächsten Jahre!

### 4.3 Eurokrise und Zerfall des Euro

Die dritte Katastrophe nach Staatsverschuldung und Enteignung durch Inflation ist **die für Deutschland gigantische Summe an Transferzahlungen für die Rettung des Euros**. Auch hierüber wurde in den Medien kaum korrekt berichtet – Zufall oder System?

Zur Erinnerung ein kurzer Rückblick wie alles begann: Auf den Tag genau 65 Jahre nach der deutschen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg (am 8. Mai 1945 vor den westlichen Alliierten, am 9. Mai 1945 vor Russland) hat Deutschland ein zweites Mal kapituliert: diesmal am Wochenende des 8. und 9. Mai 2010 in Brüssel in der Sitzung der Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten. Das Ergebnis war ein gigantischer „Rettungsschirm“ von 750 Milliarden Euro und der Untergang des von Deutschland initiierten Stabilitätspaktes. Dieser Stabilitätspakt mit den beiden Hauptkriterien einer jährlichen Neuverschuldung von maximal drei Prozent und der Begrenzung der Schuldenquote auf höchstens 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sowie der wichtigen Vertragsbestimmung, dass finanzstarke Mitgliederländer nicht für systematisch über ihre Verhältnisse lebende Länder geradestehen müssen (No-Bail-Out-Klausel)<sup>54</sup>, wurde faktisch ersatzlos über Bord geworfen.

Seit im Mai 2010 alle Dämme gebrochen sind, gab es verschiedene „Krisengipfel“ der Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten, die **für Deutschland immer größere Bürgschafts- und Zahlungsverpflichtungen** mit sich brachten. Aus dem ursprünglichen „Stabilitätspakt“ wurden innerhalb kürzester Zeit der „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ und dann der „Pakt für den Euro“, der in Wirklichkeit ein „Pakt gegen Wettbewerbsfähigkeit“<sup>55</sup> ist. Und der letzte Schritt zu einem für die Ewigkeit angelegten

---

<sup>53</sup> „Das Leiden der kleinen Leute“ in *Neue Zürcher Zeitung* vom 18. Januar 2011, Seite 33. In dem lesenswerten Aufsatz über die langfristige Wirkung der Inflation wird mit Hilfe von Zahlenangaben der *Deutschen Bundesbank* der Kaufkraftverlust von 1971 bis 2010 für den US-Dollar (- 87 Prozent), die DM bzw. den Euro (- 67 Prozent), den Yen (- 42 Prozent), und den Schweizer Franken (- 41 Prozent) dargestellt; zum Vergleich: Gold hat heute eine fast fünfmal größere Kaufkraft als im Januar 1971!

<sup>54</sup> Die "No-Bail-Out"-Klausel in Art. 125 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) stellte ursprünglich sicher, dass ein Euro-Teilnehmerland nicht für Verbindlichkeiten anderer Teilnehmerländer haften oder aufkommen musste. Diese Klausel sollte gewährleisten, dass für die Rückzahlung öffentlicher Schulden die Staaten selbst verantwortlich bleiben. Die Übertragung von Risikoprämien infolge einer nicht tragbaren Haushaltspolitik einzelner Staaten auf die Partnerländer sollte damit vermieden werden. Mit dieser Bestimmung sollte auch eine vernünftige Haushaltspolitik auf einzelstaatlicher Ebene gefördert werden.

<sup>55</sup> *Lüder Gerken* in seinem lesenswerten Gastkommentar „Merkels Pakt gegen Wettbewerb“ im *Handelsblatt* vom 14. März 2011, Seite 56. Professor Gerken ist Direktor des Centrums für Europäische Politik (CEP) in Freiburg. Das CEP ist der europapolitische Think-Tank der Stiftung Ordnungspolitik. Es analysiert die volkswirtschaftlich relevanten Vorhaben der EU und entwickelt Strategien für die europäische Politik.

Staatenfinanzausgleich innerhalb der Europäischen Union wurde konsequenterweise gleich mit vollzogen: Der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ kann ab dem Jahr 2013 mit einer halben Billion Euro (!) hantieren, wovon Deutschland für bis zu einer viertel Billion Euro geradestehen wird.<sup>56</sup>

Zu Recht schreibt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: „Die Geschichte des Euro ist eine Reihe gebrochener Versprechen“ und spricht ergänzend von einem „Schritt zur Verge-meinschaftung von Staatsschulden“<sup>57</sup>. „Damit nähert sich das Risiko für den deutschen Steuerzahler in der Euro-Krise den Kosten der Wiedervereinigung.“<sup>58</sup>

Die *WirtschaftsWoche* schreibt sogar: „[Das] ist **der zweite Tod der Deutschen Mark** in dem Sinne, dass sich in der europäischen Währungsunion die deutsche Stabi-litätskultur nicht durchsetzen lässt. Anleger und Investoren sollten es wissen.“<sup>59</sup> Denn durch die ständige politisch gewollte Aufweichung der von der Deutschen Bundesbank in die Europäische Zentralbank eingebrachten Stabilitätsregeln wird der Euro zugrunde gehen: „Das Experiment Euro wird auch durch den Autonomieverlust der EZB schei-tern.“<sup>60</sup>

Solange die stetig zunehmende Verschuldung der Eurostaaten nicht gelöst, sondern im-mer nur weiter in die Zukunft verschoben wird, wird die (noch) stärkste Volkswirtschaft - nämlich Deutschland - immer mehr zum Zahlmeister Europas. Kaum jemand nimmt Anstoß daran, dass die Kosten Deutschlands für die europäische Gemeinschaftswährung bislang schon mehr als 2.500 Milliarden Euro betragen haben!<sup>61</sup>

„Was uns die Politik als ‚Stabilitätspakt‘ verkauft, ist in Wahrheit ein **Enteignungs-programm für Nordeuropa**. In Frankreich wird darüber inzwischen gelacht; der Pakt sei wie ‚Versailles‘, nur ohne Krieg: Deutschland zahlt!“<sup>62</sup> Stattdessen wird durch stän-dige, fast schon penetrante Wiederholung in den Medien das Standardargument aufge-tischt, Deutschland profitiere wie kein anderes Land der Währungsunion vom Euro.<sup>63</sup> Dabei sagen die Zahlen vom Statistischen Bundesamt etwas ganz anderes:

---

<sup>56</sup> Vgl. hierzu ebenfalls Gerken im *Handelsblatt* vom 14. März 2011, Seite 56.

<sup>57</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25. März 2011, Seite 1.

<sup>58</sup> *FUCHSBRIEFE* vom 14. März 2011, Seite 1.

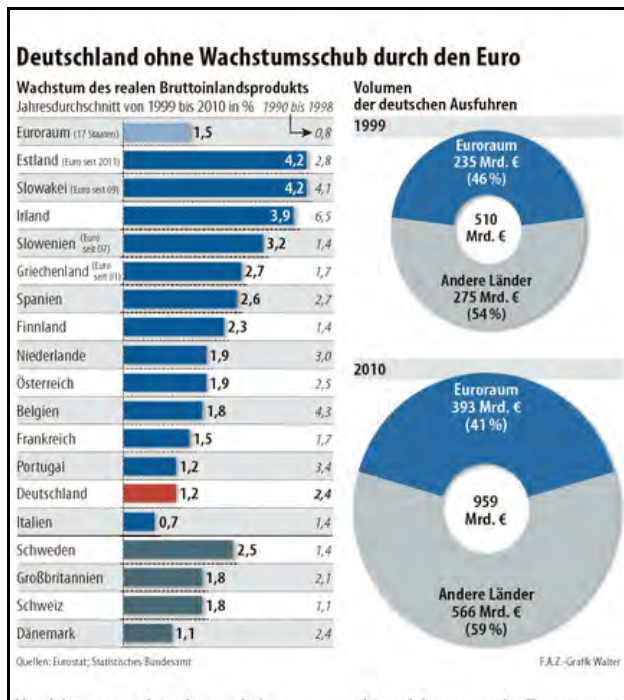
<sup>59</sup> Roland Tichy in dem Aufsatz „Der zweite Tod der D-Mark“, *WirtschaftsWoche* vom 14. Februar 2011, Seite 3. In dem Artikel werden die wahren Gründe für den Rücktritt von Bundesbankpräsident Axel Weber und seinen gleichzeitigen Verzicht auf das Amt des Präsidenten der Europäischen Zentralbank erläutert (keine Akzeptanz mehr in der Politik für die zur Bekämpfung der Inflation notwendigen strikten Regeln der Geldpolitik); Hervorhebungen im Zitat durch Schmitz & Cie. Weber hält insbesondere den Kauf von Anleihen am Sekundärmarkt durch die EZB für einen Fehler und befürchtet, „dass es einen deutlichen künftigen Preisauftrieb“ gibt; vgl. *Börsen-Zei-tung* vom 9. Februar 2011, Seite 1.

<sup>60</sup> Ulrich Horstmann: *Die Währungsreform kommt!*, 2. Auflage 2011, FinanzBuch Verlag, München 2011, Seite 95.

<sup>61</sup> Vgl. Dieter Spethmann: „Der verheimlichte Super-GAU“ in *FOCUS* vom 9. Mai 2011, Seite 58.

<sup>62</sup> Wolfram Weimer: „Wie Versailles – nur ohne Krieg“ in *FOCUS* vom 23. April 2011, Seite 5. Hervorhebung durch Schmitz & Cie.

<sup>63</sup> Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Regierungserklärung vom 24. März 2011: „Deutschland profitiert vom Euro wie kaum ein anderes Land in der Europäischen Union.“



Quelle: FAZ vom 22. Juni 2011, Seite 12

In den zwölf Jahren seit Einführung des Euro ist die deutsche Wirtschaft durchschnittlich lediglich um 1,2 Prozent im Jahr gewachsen – nur Italien entwickelte sich im Euroraum noch schlechter. Deutschland hat somit in diesem Zeitraum mit das niedrigste Wachstum gehabt. Länder wie Schweden, Großbritannien und die Schweiz, die nicht am Euro teilnehmen, hatten dagegen höheres Wachstum als Deutschland.

Außerdem zeigt die nebenstehende Grafik, dass der deutsche Außenhandel mit Ländern außerhalb des Euroraumes stärker gewachsen ist als der innerhalb des Euro; der Anteil stieg von 54 Prozent auf 59 Prozent.

In Wirklichkeit sind die Hartz-Reformen in Verbindung mit Lohnzurückhaltung die Triebkräfte des deutschen Exporterfolges, nicht der Euro. Darüber hinaus sind die deutschen Exporte teilweise mit deutschen Krediten finanziert worden. Nun stellt sich heraus, dass nicht alle Länder ihre Kredite zurückzahlen können oder wollen. Das bedeutet nichts anderes, als dass Deutschland seine Exportgüter verschenkt hat. Die Rechnung zahlt demnächst der deutsche Steuerzahler.<sup>64</sup>

Angesichts dieser für Deutschland so unerfreulichen Faktenlage verwundert es nicht, dass in den letzten Monaten verstärkt Zeitschriften bzw. Zeitungen über das angebliche **Ende des Euro** geschrieben haben. So zum Beispiel in der Titelstory des *SPIEGEL* vom 20. Juni 2011 mit der Überschrift auf Seite 1: „Plötzlich und erwartet: Nachruf auf eine gemeinsame Währung“. Oder die *Welt am Sonntag* vom 3. Juli 2011 mit der Überschrift im Teil „Finanzen“ auf der Seite 43: „Raus aus dem Euro – aber wohin?“ In diesem Zusammenhang sei auch auf das Interview des Verfassers dieser Berichte mit dem Chefredakteur von *DAS INVESTMENT.com* vom 7. Juni 2011 („**Deutschland sollte die D-Mark wieder einführen**“) hingewiesen, das der interessierte Leser am Schluss dieses *Investmentfonds-Berichtes* in Kapitel 7 (Auswahl von Presseartikel) auf Seite 46 - 48 findet. Diese politisch wenig korrekte, aber realistische Sicht der Dinge findet in den letzten Wochen immer mehr Anhänger, wie das häufig zitierte Interview von Linde-Chef *Wolfgang Reitzle* im *SPIEGEL* („Dann muss Deutschland austreten“) beweist.<sup>65</sup>

<sup>64</sup> Vgl. *Lüder Gerken* in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Juni 2011, Seite 12. Für Erläuterungen zur Person siehe Fußnote 55.

<sup>65</sup> *DER SPIEGEL* vom 16. Januar 2012, Seite 64 - 68. Reitzle wörtlich: „Wenn es nicht gelingt, die Krisenländer zu disziplinieren, muss Deutschland austreten.“ (Seite 66)

Sehr fundiert und differenziert - gerade mit Blick auf die langfristigen Aspekte - analysiert *Bruno Bandulet* in seinem vor anderthalb Jahren erschienen Buch<sup>66</sup> (das wir schon in unserem letzten *Investmentfonds-Bericht* zitiert haben, es aber an dieser Stelle aus gegebenem Anlass wiederholen) die **Zukunftsperspektive der europäischen Währung**, auch wenn er nach Abwägung aller Argumente zu einem ähnlich vernichtenden Gesamturteil kommt: „Falsch war freilich die Befürchtung, das Experiment könne schon nach kurzer Zeit scheitern. Wer so dachte, unterschätzte den Beharrungswillen der politischen Klasse in der EU. Ohnehin neigen Politiker nicht dazu, einen Kurs, der sich als falsch erwiesen hat, nur deswegen zu ändern. Sie beantworten selbst geschaffene Probleme damit, dass sie sie mit der Erzeugung neuer zu kurieren versuchen. Wenn sie sehen, dass sie sich selbst eine Grube schaufeln, graben sie erst einmal tiefer. Der Aktivismus dient als Bestätigung ihrer Existenzberechtigung.“<sup>67</sup>

Und weiter: „So versinkt Euro-Land in einem Sumpf von Schulden, Dirigismus und wirtschaftlicher Stagnation. Mit immer neuen Rettungspaketen, zuletzt mit den besagten 750 Milliarden Euro, werden alte Schulden nicht zum Verschwinden gebracht, sondern in neue umgewandelt, ohne dass jemand die geringste Ahnung hat, wie sie zurückgezahlt werden sollen.“<sup>68</sup>

Als Schlussfolgerung kommt *Bandulet* zu dem Ergebnis: „Das wahrscheinlichste Szenario für die kommenden Jahre ist eine Kombination von einzelnen Staatsbankrotten, das heißt Umschuldungen, und einer zunächst moderaten, dann schneller zunehmenden Preisinflation – vielleicht auf Raten in Höhe von zehn Prozent oder mehr.“<sup>69</sup> „Vorstellbar ist aber auch eine weniger angenehme Entwicklung: dass die politische Klasse fanatisch und zu lange an der Euro-Fiktion festhält, dass Deutschland finanziell ausblutet, dass Vermögensabgaben auf Bankkonten und Immobilien erhoben werden, dass den Sparern eine Enteignung durch Inflation bevorsteht, dass die Bundesanleihen einbrechen und damit die Lebensversicherungen entwertet werden, dass mit der Umwandlung der Wahrungunion in eine Transfergemeinschaft Einkommen und Lebensstandard auch in Deutschland auf Dauer dezimiert werden, dass die EU zu einem Raum der Rechtsunsicherheit und Unfreiheit degeneriert.“<sup>70</sup>

*Bruno Bandulet* schließt mit den Worten: „**Die letzten Jahre des Euro als scheinbar stabile Währung liegen hinter uns.** Die letzten Jahre der Schuldenunion haben gerade erst begonnen.“<sup>71</sup> Oder noch deutlicher formuliert und damit auf den Punkt gebracht: „**Das Scheitern des Euro ist vorprogrammiert, und damit auch die kommende Währungsreform.**“<sup>72</sup>

---

<sup>66</sup> *Bruno Bandulet*: Die letzten Jahre des Euro – Ein Bericht über das Geld, das die Deutschen nicht wollten. Kopp Verlag Rottenburg, 1. Auflage Juli 2010.

<sup>67</sup> *Bruno Bandulet*, aaO, Seite 92.

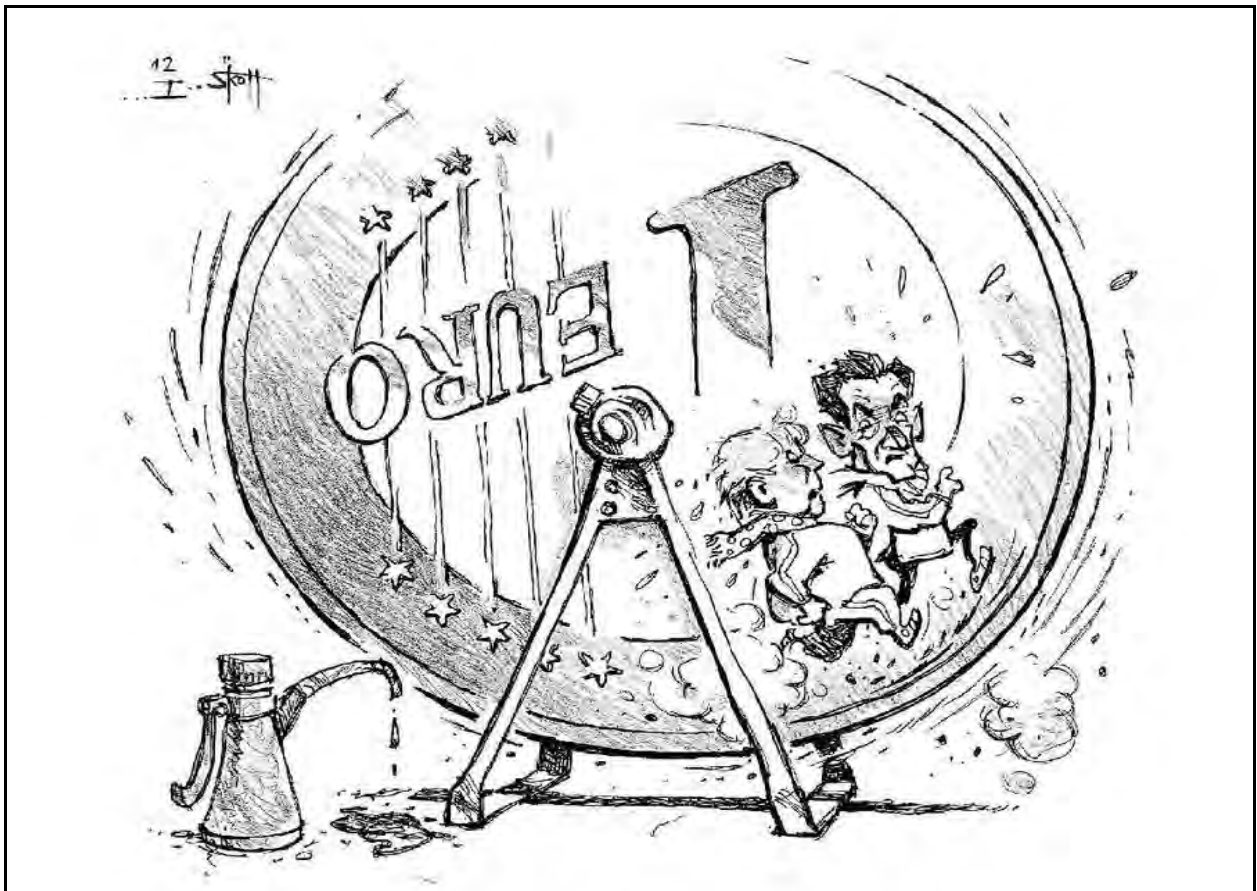
<sup>68</sup> *Bruno Bandulet*, aaO, Seite 168.

<sup>69</sup> *Bruno Bandulet*, aaO, Seite 169.

<sup>70</sup> *Bruno Bandulet*, aaO, Seite 172 -173.

<sup>71</sup> *Bruno Bandulet*, aaO, Seite 174. Hervorhebungen durch *Schmitz & Cie.*

<sup>72</sup> *Ulrich Horstmann*: Die Währungsreform kommt!, FinanzBuch Verlag, München 2011, 2. Auflage 2011, Seite 145.



Quelle: *Handelsblatt* vom 10. Januar 2012, Seite 8

Diese Wahrheit will in Deutschland aber niemand hören. Stattdessen wird Bundeskanzlerin *Angela Merkel* nicht müde zu betonen: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“<sup>73</sup> Das Gegenteil ist richtig: **Wer Europa retten will, muss den Euro aufgeben!** Der Euro in seiner jetzigen Form wird immer mehr zum Spaltpilz für Europa. „Die Gräben zwischen den Euro-Teilnehmerländern werden immer tiefer.“<sup>74</sup> Die Stimmen mehren sich, die behaupten, der Euro habe Spannungen und Konflikte innerhalb Europas geschaffen, die es andernfalls nicht gegeben hätte.<sup>75</sup> In Griechenland sollen laut Umfragen die Deutschen inzwischen vom beliebtesten zum unbeliebtesten Volk geworden sein.<sup>76</sup> Vergleiche mit dem Naziregime sind in den Medien inzwischen an der Tagesordnung, und das nicht nur in Griechenland.<sup>77</sup> In Spanien und Italien gehen die Leute auf die Straßen und protestieren gegen die Sparauflagen, die sie im Gegenzug für die gewähr-

<sup>73</sup> Im Juni 2011 zum Beschluss der EU-Finanzminister über die Ausweitung des Euro-Rettungsfonds EFSF.

<sup>74</sup> *Matthias Müller*: „Tiefe emotionale Gräben im Euro-Raum“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 13. Januar 2012, Seite 25. Der Autor berichtet in dem Artikel von einem Symposium an der Universität Bayreuth mit dem Thema: „Der Euro: eine (griechische) Tragödie oder Europas Schicksal?“

<sup>75</sup> Diese Aussage zur aktuellen Krise stammt von *Martin Feldstein*, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Harvard Universität und einer der schärfsten Kritiker der Währungsunion schon vor dem Start.

<sup>76</sup> Vgl. *Matthias Benz*: „Ach, Deutschland. Das Land leidet an der Währungsunion – und kann doch nicht von ihr lassen“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 31. Dezember 2011, Seite 11.

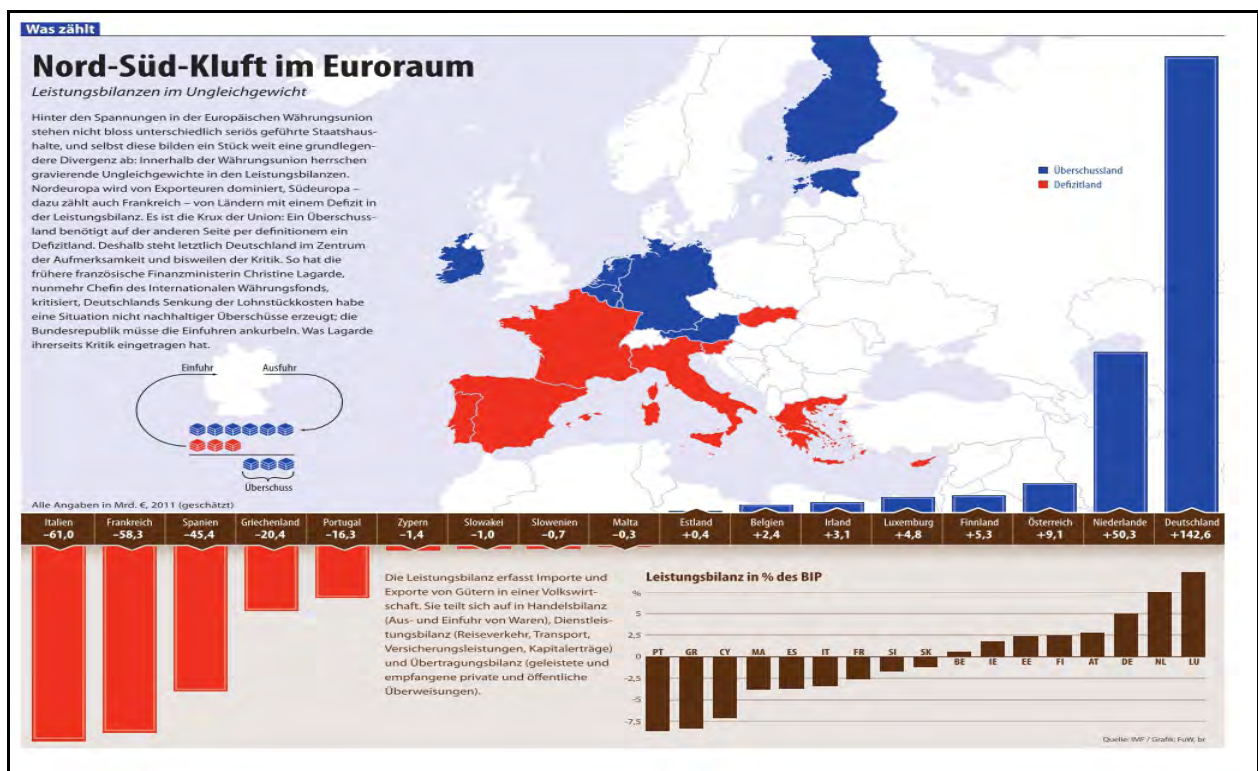
<sup>77</sup> Vgl. *Otmar Issing*: Die Währungsunion auf dem Weg zur Fiskalunion?, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. Januar 2012, Seite 10. Der ehemalige Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank analysiert in seinem Aufsatz klar und mit großer Sachkunde die Schwächen des Euro-Experiments. Issing warnt insbesondere vor der Gefahr, dass die EZB am Ende „der Politik die Notenpresse liefert“.





ten Milliardenkredite hinnehmen müssen – und gegen die Deutschen, die sie als Hauptschuldigen für diese Auflagen ausmachen.<sup>78</sup> Wie lange dauert es noch, dass auch in Deutschland die Bürger auf die Straße gehen (Wutbürger) und sich gegen die Milliarden und Abermilliarden Euro von Steuergeldern wehren, die als Fass ohne Boden für eine „alternativlose“ Eurorettung verschwendet werden?

Eine mögliche Lösung könnte die **Aufspaltung des Euro** sein. „Aus einem Euro im zentralistischen Zwangskorsett würden dann zwei flexible Euros.“<sup>79</sup> Damit entstünden zwei Euro-Gruppen, die sich in ihrer Wirtschaftskraft und auch in der Mentalität ihrer Mitglieder entsprächen: „Eine nördliche Euro-Gruppe, die von Deutschland angeführt wird und zu der Länder wie die Benelux-Staaten, Österreich, Finnland und irgendwann auch Schweden, Dänemark und Tschechien gehören; und eine südliche Euro-Gruppe, die sich aus den ‚Olivenländern‘ unter Frankreichs Führung zusammensetzt und Spanien, Italien, Griechenland, Portugal usw. vereinigt.“<sup>80</sup> Die folgende Grafik veranschaulicht das aktuelle Nord-Süd-Ungleichgewicht:



Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 14. Januar 2012, Seite 2

<sup>78</sup> Zu ähnlichen Überlegungen kommt auch *Renate Ohr* in ihrem Aufsatz: Euro-Rettung als Gefahr für die Europäische Union – Ein Aufbrechen der Währungsunion brächte mehr Stabilität und geringere Kosten als ein krampfhaftes Festhalten am Projekt, *Neue Zürcher Zeitung* vom 18. Januar 2012, Seite 28, in dem sie für einen Austritt Griechenlands aus der Währungsunion plädiert. Ohr ist Professorin für Wirtschaftspolitik an der Universität Göttingen.

<sup>79</sup> *Hans-Olaf Henkel*: Rettet unser Geld! Deutschland wird ausverkauft – Wie der Euro-Betrug unseren Wohlstand gefährdet, Wilhelm Heyne Verlag, München 2010, Seite 180.

<sup>80</sup> *Hans-Olaf Henkel*, aaO, Seite 181. Zu einer ganz ähnlichen Schlussfolgerung kommen *Beck / Prinz*, die von einer Zweiteilung in eine Nord-Währungsunion und eine Süd-Währungsunion sprechen. Vgl. *Hanno Beck / Aloys Prinz*, aaO, Seite 199.



Als Namen für die beiden Euro-Währungen könnte man sich „**Nord-Euro**“ und „**Süd-Euro**“ vorstellen. Die Politik sollte möglichst bald „den Mut aufbringen, Nein zum bisherigen Euro zu sagen, und auf dessen Aufteilung drängen. Ein Nord-Euro und eine Süd-Euro würden den Deutschen *und* der Gemeinschaft nützen.“<sup>81</sup>

#### 4.4 Politikerkrise

Betrachtet man die Ereignisse der vergangenen Monate genauer, so erkennt man schnell, dass wir in Wirklichkeit keine Verschuldungskrise und auch keine Eurokrise haben, sondern eine Politikerkrise. **Schritt für Schritt bewegen wir uns beim Vertrauen in die Fähigkeiten unserer europäischen Politiker nur in eine Richtung hin: auf den Nullpunkt!** Einer der Gründe dafür ist sicherlich, dass Politiker nicht sagen, worauf es ankommt, sondern was ankommt.

Und so titelt das *Handelsblatt* völlig zu Recht: „**Denn sie wissen nicht, was sie tun.** Unter Führung von *Merkel* und *Sarkozy* stolpert Europa von einer Instabilität zur nächsten.“<sup>82</sup>



Quelle: *Handelsblatt* vom 21. Juli 2011, Seite 8

Gerade die aktuelle Diskussion um die Ausweitung des „Euro-Rettungsschirms“ hat dies in aller Deutlichkeit gezeigt, denn „...wirtschaftsblinde EU-Politiker mit ihrem Drang zum Ausschalten der Märkte, Übertünchen der wahren Verhältnisse, zur Umverteilung sowie

<sup>81</sup> *Hans-Olaf Henkel*, aaO, Seite 193.

<sup>82</sup> *Handelsblatt* vom 17. Oktober 2011, Seite 1. Der Artikel von *Gabor Steingart* schließt mit den Worten: „Der Kartenhaus-Charakter der bisherigen Rettungspolitik ist unübersehbar. Man muss kein Ökonom sein, um eine Ahnung des Kommenden zu besitzen: Der Tag rückt näher, an dem zusammenfällt, was zusammenfallen muss.“

Gängelung der Europäischen Zentralbank bilden ein Risiko, das mit ‚Vergemeinschaftung‘ und ‚Geldentwertung‘ umschrieben werden kann.“<sup>83</sup>

Darüber hinaus **sind sämtliche Zusagen der Politiker gegenüber den Bürgern in den EU-Ländern nicht eingehalten worden**: „Die vier großen Versprechen des Euro, formuliert im Vertrag von Maastricht, wurden alle gebrochen: die Staatsschulden nicht begrenzt, sondern verdoppelt, nur 5 der 17 Staaten liegen unter der 60-Prozent-Grenze; die Haushaltsdefizite nicht gedeckelt, nur vier Staaten liegen unter den Norm; das Bail-out-Verbot, gebrochen; die Europäische Zentralbank, nicht länger unabhängig, sondern Bad Bank für notleidende Staatsanleihen.“<sup>84</sup>

Gerade die zu Beginn des Euros insbesondere in Deutschland so hoch und heilig zugesagte **Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank** als Nachfolgerin der bei der Inflationsbekämpfung erfolgreichen Deutschen Bundesbank **ist inzwischen nicht mehr gegeben**. Und so titelte kürzlich das *Handelsblatt* zu Recht: „Der langsame Abschied von der Unabhängigkeit. Mit den Rücktritten von *Axel Weber* und *Jürgen Stark* ist klar geworden: Die deutsche Stabilitätskultur hat sich in der EZB nicht durchsetzen können. Die Notenbank wird immer mehr zum Instrument der Politiker.“<sup>85</sup> Das ist gerade auf mittlere und lange Sicht hochgefährlich, weil die Politik immer den für sie leichtesten Weg beschreitet und der heißt in diesem Fall: **Geld drucken** und **deutlich höhere Inflationsraten**.



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. Juli 2011, Seite 15

<sup>83</sup> *Beat Gygi* in einem lesenswerten Artikel in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 13. Juli 2011 auf Seite 21: „Der Euro auf dem alten Pfad der D-Mark: Die Euro-Franken-Entwicklung erinnert an die frühere D-Mark-Karriere. Wichtige Einflüsse sind Inflations-Differenzen und ‚Sozialdemokratisierung‘.“ In demselben Aufsatz erinnert der Autor daran, dass man vor 40 Jahren bereits für eine Deutsche Mark ungefähr 1,20 Schweizer Franken bezahlen musste, während aktuell der Kurs für einen Euro ebenfalls 1,20 Franken beträgt. Da eine damalige DM nach der Euro-Umstellung jedoch nur noch über einen Wert von rund einem halben heutigen Euro verfügt, hat sich die in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zweithärteste Währung der Welt gegenüber dem Schweizer Franken glatt halbiert.

<sup>84</sup> *DER SPIEGEL* vom 26. September 2011 in der Titelgeschichte zum Euro: „Eine Bombenidee“ auf Seite 56 - 74, hier zitiert von Seite 72.

<sup>85</sup> *Handelsblatt* vom 12. September 2011, Seite 1.



Genau diesen einfachen Weg haben die (un)verantwortlichen Politiker auch bei der (Schein)Lösung des „Euro-Rettungsschirms“ eingeschlagen. Schon der Begriff ist bewusst irreführend gewählt. „Dem Wortsinn nach müsste man dahinter Maßnahmen vermuten, die ‚den Euro retten‘, vielleicht den Wert der europäischen Gemeinschaftswährung sichern. Tatsächlich ist aber das Gegenteil der Fall: Als ‚Euro-Rettungsschirm‘ wird das Maßnahmenbündel bezeichnet, dass mit Hilfszahlung die überschuldeten Euro-Staaten vor dem Zusammenbruch gerettet werden sollen. Nicht der Euro wird gerettet, sondern die Staaten, die davon viel mehr ausgeben als einnehmen.“<sup>86</sup>

Es ist daher sehr gut nachvollziehbar, wenn sich kritische Stimmen mehren, die im **„Euro-Rettungsschirm“ keine nachhaltige Lösung der Staatsschuldenkrise** sehen und anmerken, dass man zu hohe Schulden nicht mit noch mehr Schulden therapieren kann. „Die Rettungsschirmpolitik ist vergeblich. Sie verschiebt die Problemlösung in die Zukunft. Die Überschuldungskrise kann nur durch Entschuldung und Wiederherstellung von Wettbewerbsfähigkeit gelöst werden. Die Schulden müssen abgebaut, nicht vergrößert werden. Das geht nur durch einen sofortigen, harten und weit reichenden Schuldenschnitt.“<sup>87</sup>

Stattdessen versuchen die Politiker verzweifelt, die stetig wachsende Last der Schulden auf viele Schultern zu verteilen. Aber dieser Versuch wird scheitern: „Eine Vergemeinschaftung der Schulden würde Fehlanreize und die Tendenz, Probleme herauszuschieben statt zu lösen, nur noch vergrößern. Am Ende stünde ein erst recht hoher **Schuldenberg, der nur noch durch Inflation oder einen riesigen Schuldenschnitt abgetragen werden könnte. Verlierer wären Europas Sparer, die faktisch enteignet würden.**“<sup>88</sup>

„Auch Politiker können auf Dauer nicht gegen ökonomische Logik gewinnen, ...“.<sup>89</sup> Aber solange „man versucht, wirtschaftliche Vernunft aus politischen Gründen auszuhebeln“<sup>90</sup>, wird „die **Rettung des Euros ... zu einer massiven Steigerung der Inflation führen**“.<sup>91</sup> Der Punkt, bis zu dem die Politiker ihren Bürgern glaubhaft versichern konnten, dass Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen oder Wirtschaftswachstum die Staatsschuldenkrise lösen können, ist längst überschritten. Immer mehr setzt sich beim aufmerksamen Beobachter der Zusammenhänge die Erkenntnis durch: **„Der Euro ist eine politische Fehlkonstruktion.“**<sup>92</sup>

---

<sup>86</sup> Fondscout – Spezialbrief für Fonds vom 14. September 2011, Seite 4.

<sup>87</sup> Frank Schöffler und Klaus-Peter Willsch in einem Aufsatz im FOCUS vom 26. September 2011, Seite 36.

<sup>88</sup> Peter A. Fischer in dem Aufsatz „Das Udenkbare durchdenken“, *Neue Zürcher Zeitung* vom 9. Juli 2011, Seite 25, Hervorhebungen durch Schmitz & Cie.

<sup>89</sup> Ulrich Horstmann: Die Währungsreform kommt!, FinanzBuch Verlag, München 2011, 2. Auflage 2011, Seite 142.

<sup>90</sup> Georg Milbradt im Interview mit der *WirtschaftsWoche* vom 15. August 2011, Seite 30. Milbradt war von 2002 bis 2008 Ministerpräsident des Freistaates Sachsen.

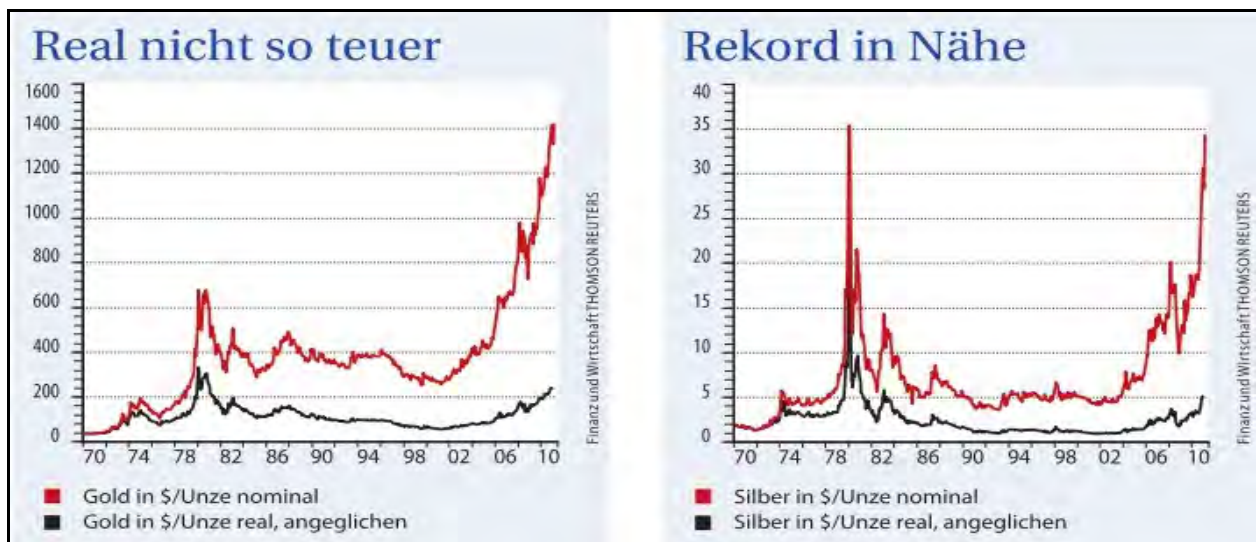
<sup>91</sup> FINANZWOCHE vom 31. August 2011, Seite 2.

<sup>92</sup> Philipp Bagus in dem bemerkenswerten Aufsatz: „Die Fehlkonstruktion des Euro bedroht die Freiheit.“ *Neue Zürcher Zeitung* vom 17. August 2011, Seite 23, Hervorhebungen durch Schmitz & Cie. Bagus ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität in Madrid.

## 4.5 Gold und Silber

Diese angesprochenen Probleme und Zusammenhänge sollten alle Sparer kennen. Noch besser: Anleger und Investoren sollten es nicht nur wissen, sondern ihre Vermögensanlagen auch danach ausrichten und entsprechend handeln! Oder anders formuliert und an dieser Stelle schon mehrmals angesprochen: **raus aus Geldwerten, rein in Sachwerte**. Mit Sachwerten sind in erster Linie nicht die in Deutschland traditionell viel zu hoch gewichteten und obendrein noch gering rentierenden Immobilien gemeint, sondern vorrangig hochrentable und täglich liquide **Qualitätsaktien** sowie **Gold und Silber**. In diesen beiden wichtigen Vermögensklassen sind deutsche Anleger viel zu wenig investiert. So werden im Geldvermögen der privaten Haushalte lediglich 3,9 Prozent des Vermögens in Aktien gehalten.<sup>93</sup>

Und bei physischem Gold und Silber sind die prozentualen Anteile der deutschen Anleger noch geringer. Eine Studie schätzt zum Beispiel den Silberanteil am privaten Geldvermögen in Deutschland auf lediglich 0,7 Prozent.<sup>94</sup> Auch diese geringe Gewichtung ist ein Fehler, denn die Preissteigerungen von Gold und Silber sind auf Sicht der nächsten Jahre noch lange nicht zu Ende. In der nachfolgenden Grafik erkennt man an der schwarzen Linie, wie weit die realen Preise, also kaufkraftbereinigt - und hier insbesondere die von Silber - noch von ihren historischen Höchstständen aus dem Januar 1980 entfernt sind:



Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 9. März 2011, Seite 35

Die oft von Anlegern gestellte Frage, ob die Kurse von Gold und Silber nicht längst so stark gestiegen sind, dass ein Kurseinbruch demnächst bevorsteht, können wir von *Schmitz & Cie.* nur verneinen. Lesen Sie dazu auch das Interview mit dem Verfasser

<sup>93</sup> Vgl. *Deutsche Bundesbank*, Monatsbericht Januar 2011, Anlegerverhalten in Theorie und Praxis, Seite 45 - 58, hier Seite 49.

<sup>94</sup> Vgl. *Jens Kleine / Tim Weller: Silberbesitz der Privatpersonen in Deutschland – Analyse des Silberbesitzes und des Anlageverhaltens von Privatpersonen in Deutschland*, Steinbeis-Hochschule Berlin, Research Center for Financial Services, München März 2011.

dieser *Investmentfonds-Berichte* „**Von einer Goldblase sind wir noch weit entfernt**“ auf unserer Homepage [www.schmitzundcie.de](http://www.schmitzundcie.de) (unter dem Punkt „Publikationen“, 3/2011), in dem wir unsere Sicht der Dinge zu diesem Punkt ausführlich erläutern.

Auf absehbare Zeit gibt es mehr Argumente für einen weiter anziehenden Goldpreis als für fallende Goldnotierungen, weshalb der Goldpreis auch weiter steigen wird, und zwar: „in erster Linie wegen des Versagens der Politiker und der Währungshüter in den USA.“<sup>95</sup> Schon in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts soll Literaturnobelpreisträger *George Bernhard Shaw* gesagt haben: **„Sie müssen sich entscheiden, worauf Sie vertrauen: auf die natürliche Stabilität des Goldes oder die Ehrlichkeit und Intelligenz der Regierung. Bei allem Respekt für diese Gentlemen rate ich Ihnen, solange das kapitalistische System existiert, votieren Sie für Gold.“**<sup>96</sup>

Fest steht jedenfalls, dass sich ausnahmslos alle Papierwährungen in der Geschichte in ihrem langfristigen Abstieg und ihrem anhaltenden Verlust der Kaufkraft nach dem selben Schema verhalten: Der Staat erhöht seine Ausgaben, um hohe Bedürfnisse zu erfüllen. Als Folge steigen die Staatsschulden stark an. Am Schluss entzieht sich der Staat seinen Verpflichtungen, indem er seine Währung schwächt oder gar mutwillig zerstört. „Eben dies macht Gold zu einem favorisierten Investment jener Bürger, die die Freiheit über alles schätzen, die sich vom Staat nicht mehr viel erhoffen und die der politischen Klasse grundsätzlich misstrauen.“<sup>97</sup>

Wie wenig man als Sparer allgemein den Regierungen im Umgang mit der Notenpresse bzw. mit der Münzpräge trauen darf, zeigt auch folgendes Beispiel aus dem Jahr 2010: „Das für Münzprägen des Landes zuständige deutsche Finanzministerium kündigte mit diffusem Verweis auf die ‚Anpassung technischer Parameter‘ eine starke Reduzierung des Silbergehalts der 10-Euro-Gedenkmünzen an. Die zwei letzten Gedenkmünzen wogen 18 Gramm und verwendeten eine Legierung aus 92,5 Prozent Silber und 7,5 Prozent Kupfer. Ab 2011 werden die Münzen aus 62,5 Prozent Silber und 37,5 Prozent Kupfer bestehen und 16 Gramm wiegen. Durch Reduzierung von Silbergehalt und Gewicht der Münzen sinkt die Menge an Silber je Münze um fast 40 Prozent.“<sup>98</sup>

Diese „Anpassung“ hat Tradition: „Die Abwertung von Münzen ist eine alte Praxis. Der römische Denar, eine Silbermünze, war über fünfhundert Jahre lang im Umlauf. Im dritten Jahrhundert v. Chr. hatte er einen Silbergehalt von 4,5 Gramm, der unter Augustus 16 n. Chr. auf 3,8 Gramm und unter Aurelian 270 n. Chr. auf 0,2 Gramm absank. Von Augustus bis Aurelian verlor der Denar 95 Prozent an Wert, ...“<sup>99</sup>

---

<sup>95</sup> *Kenneth Gerbino* im Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 27. April 2011, Seite 35.

<sup>96</sup> Vgl. den lesenswerten Artikel von *Michael Rasch*: Der Fluch der Fiat-Währungen?, *Neue Zürcher Zeitung* vom 5. November 2010, Seite 23.

<sup>97</sup> *Bruno Bandulet*: Das geheime Wissen der Goldanleger, Kopp Verlag, Rottenburg 2007, Seite 20.

<sup>98</sup> *Andreas Höfert* in dem Aufsatz „Des Kaisers neue Münzen“ im *UBS investor's guide* vom 26. November 2010, Seite 12. *Andreas Höfert* ist Chefökonom der *UBS*.

<sup>99</sup> *Andreas Höfert*, aaO, Seite 12.



„Im Vergleich zu den gigantischen Währungsabwertungen im Laufe der Geschichte ist die deutsche Abwertung der Silbergedenkmünze trivial. Allerdings trifft sie mit der quantitativen Lockerung der US-Notenbank zusammen, die 600 Milliarden US-Dollar aus dem Nichts hervorzaubert, und veranschaulicht damit, dass man keiner Regierung blindlings vertrauen kann, die vorgibt den Wert ihrer Währung zu verteidigen.“<sup>100</sup>

Und wofür die römischen Münzen 250 Jahre gebraucht haben - eine Abwertung von über 95 Prozent -, dass schaffte der US-Dollar noch deutlicher in gerade einmal 100 Jahren, wie die folgende Grafik veranschaulicht:



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. Juli 2011, Seite 36

Aus der Sicht von *Schmitz & Partner* sind die beiden Edelmetalle unverzichtbarer Bestandteil einer vorsichtigen Vermögensanlage. Sowohl Gold als auch Silber sind daher auch bereits seit dem Frühjahr 2009 die beiden mit Abstand größten Positionen im *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds und zwar in Form von physisch hinterlegten Gold- und Silberbarren, die ausschließlich in der Schweiz gelagert werden.<sup>101</sup>

<sup>100</sup> Andreas Höfert, aaO, Seite 12.

<sup>101</sup> Im direkten Vergleich zu den zahlreichen am Markt existierenden Alternativen haben wir uns von der *Schmitz & Partner AG* als Fondsadviser für die beiden *Schmitz & Partner* Fonds bewusst für die **Gold- und Silber-ETFs** von der **Zürcher Kantonalbank** entschieden. Die drei wichtigsten Gründe für diese Investmententscheidung waren und sind (hier beispielhaft für das Silber-ETF dargestellt): „Die Anlagen in physisches Silber werden bei der Depotbank oder bei deren Unterverwahrstellen ausschließlich in der Schweiz verwahrt.“ Oder in § 10 des Fondsvertrages: „Die Fondsleitung tätigt keine Silberleih-Geschäfte.“ Ebenfalls nicht zu vernachlässigen und in § 12 des Fondsvertrages geregelt: „Die Fondsleitung setzt keine derivativen Finanzinstrumente ein.“

Inzwischen empfehlen nun auch einschlägige Wirtschaftsmagazine wie beispielsweise die *WirtschaftsWoche* den Goldkauf auf der Titelseite ihrer Ausgabe vom 27. Juni 2011: „Gold schlägt Euro – So bringen Sie Ihr Vermögen sicher durch die Schuldenkrise“.

Als Basisinvestment sollte der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds daher auch in keinem Wertpapierdepot fehlen!

## 5. Unsere Empfehlungen für ein erfolgreiches Investmentjahr

In dem teilweise sehr turbulenten vergangenen Jahr haben wir viele Anrufe von verunsicherten und teilweise auch von verängstigten Anlegern erhalten – zum geringen Teil von Kunden der *Schmitz & Partner AG*, deren Wertpapierdepot wir individuell managen, zum weitaus größeren Teil von Kunden der *Schmitz & Cie. GmbH*, denen wir mit unserem Rat und unserem Wissen bei ihren selbst veranlassten Käufen und Verkäufen von Investmentfonds zur Verfügung stehen und ihnen helfen, ihre erzielbare Rendite an der Börse zu verbessern.

In allen Fällen war die uns gestellte Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, alle Aktienbestände angesichts von verschiedenen dramatischen Nachrichten (Erdbeben- und Atomkatastrophe in Fukushima, Staatsschuldenkrise, Rezessionsängste etc.) noch schnell zu verkaufen, um dann nach deutlich gefallenem Aktienkurs auf tieferem Kursniveau wieder einzusteigen. Und in allen Fällen haben wir natürlich geantwortet, dass dieser Versuch nach unserer jahrzehntelangen Börsenerfahrung in der Regel zu Verlusten oder zumindest zu entgangenen Gewinnen führt. Denn selbst wenn nach dem Verkauf der Aktien die Kurse anschließend wie vom ängstlichen Fragesteller prognostiziert noch weiter fallen, wann ist der richtige Zeitpunkt zum Wiedereinstieg? **Ein Timingversuch dieser Art setzt das erfolgreiche Agieren bei Verkauf und anschließendem Kauf voraus** – was nachhaltig und dauerhaft an der Börse niemandem gelingt!

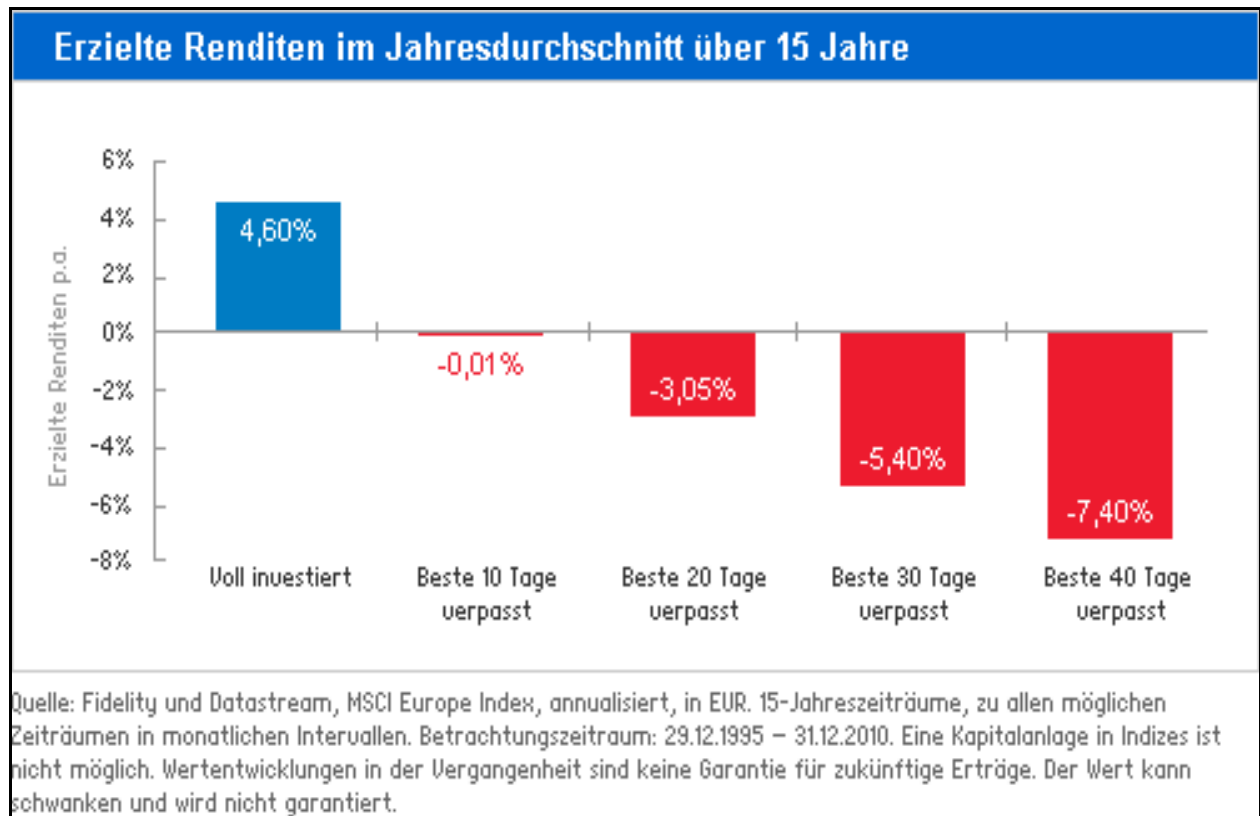
Schon der legendäre Investor und Fondsmanager *Peter Lynch* riet seinen Kunden und Anlegern, nicht zu versuchen, den richtigen Zeitpunkt für Kauf und Verkauf von Aktien oder Investmentfonds abzupassen und erkannte: „Sehr viel mehr Geld wurde von Anlegern verloren, die versucht haben, sich auf Korrekturen vorzubereiten oder Korrekturen zu entgehen, als in den eigentlichen Korrekturen verloren ging.“<sup>102</sup>

Wie groß die Gefahr ist, seine langfristige Rendite an der Börse durch das Verpassen von nur wenigen Tagen mit großen Kurssteigerungen deutlich zu verschlechtern, zeigt die nachfolgende Grafik eindrucksvoll:

---

<sup>102</sup> Vgl. *Davis Advisors: Die Weisheit großartiger Investoren – Einblicke von einigen der großartigsten Investmentköpfe der Geschichte*, 2010, Seite 9.





Quelle: *Fidelity International*, 17. März 2011

Wer in den letzten 15 Jahren dauerhaft an den Aktienmärkten (hier beispielhaft an dem europäischen Aktienindex *MSCI Europe Index* dargestellt) investiert war, konnte trotz der vielen zwischenzeitlichen Kurseinbrüche eine jährliche Rendite von 4,6 Prozent erzielen. Wer jedoch (wahrscheinlich mit Timingversuchen) nur die besten zehn Börsentage verpasst hat, lag mit seinem Anlageergebnis schon im Minus, vom Verpassen der 20, 30 oder gar 40 besten Tage ganz zu schweigen. Seit Jahrzehnten ergibt sich das immergleiche Bild: Anleger geraten angesichts fallender Aktienkurse in Panik, verkaufen ihre Aktien oder Aktienfonds und verpassen den anschließenden Kursaufschwung.

Die Konsequenz lautet somit: entscheidend sind nicht (mehrheitlich sowieso erfolglose) Timingversuche, sondern **entscheidend ist, möglichst langfristig an den Aktienmärkten investiert zu sein!** Und wenn man schon angesichts trauriger Nachrichten meint, an den Aktienmärkten handeln zu müssen, dann muss man bei gesunkenen Aktienkursen **kaufen, nicht verkaufen!**

Auf die Dauer viel entscheidender für den finanziellen Erfolg an der Börse ist für die Anleger im übrigen nicht der kurzfristige, emotionale Blick auf Ereignisse wie den Atomunfall in Fukushima im März 2011, sondern die langfristige, rationale Sicht auf die drohenden und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch eintretenden Katastrophen wie zum Beispiel der dramatischer Anstieg der Staatsverschuldung, die politisch gewollte Enteignung durch Inflation und das endgültige Abrutschen der Europäischen Währungsunion in eine Transferunion mit dem Zahlmeister Deutschland als Folge der „alternativlosen“ Rettung des Euros.

Merkwürdigerweise sind diese **drei auf lange Sicht für die Investoren viel entscheidenderen Probleme** in den letzten Monaten in den Medien und in der Öffentlichkeit kaum oder gar nicht zur Sprache gekommen. Liegt es vielleicht daran, dass dies alles Dinge sind, die nicht mit dem Gefühl und der Emotion (wie bei der Atomkraftdiskussion, bei der jeder meint mitreden zu können), sondern mehr mit dem Kopf und der Ratio zu tun haben und die sich nur mit hohem Zeitaufwand und viel Wissen erarbeiten lassen?

Wir von *Schmitz & Cie.* empfehlen Ihnen als Konsequenz der in diesem *Investmentfonds-Bericht* dargestellten Zusammenhänge für ein erfolgreiches Investmentjahr 2012 und auch für ertragreiche Jahre in der Zukunft eine **Erhöhung Ihrer persönlichen Aktienquote**, auch wenn es Ihnen schwerfällt, gegen Ihre innere Überzeugung, gegen Ihr Vorsichtsdanken oder gegen Ihr Bauchgefühl verstößt. In den nächsten Jahren führt an soliden Unternehmensbeteiligungen in Form von Aktien oder Aktienfonds kein Weg vorbei.

Investitionen in Geldwerte - wie sie beispielsweise Staatsanleihen, Festgeld sowie private oder gesetzliche Rentenversicherungen darstellen - sind auf mittlere und erst recht auf lange Sicht für die Anleger vermögensvernichtend! Ähnlich äußert sich auch Professor *Max Otte* in einem Interview: **„Bei Geldvermögen, also Anleihen, Spareinlagen oder auch Lebensversicherungen, läuft eine stille Enteignung.“**<sup>103</sup> Um es noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: „Auch deutsche Bundesanleihen oder die sogenannten ‚Bundesschätzchen‘ werde bei anhaltendem Politikversagen das gleiche Schicksal wie die Kriegsanleihen nach dem Ersten Weltkrieg erleiden.“<sup>104</sup>

Angesichts der in diesem *Investmentfonds-Bericht* analysierten Probleme ist das in Aktien gehaltene Vermögen in Deutschland viel zu gering. „Gründe für die im Vergleich geringere Aktienquote der deutschen Anleger sind, wie vermutet wird, ein ausgeprägtes Sicherheitsdenken und Angst vor den Unwägbarkeiten der Börse. Außerdem zeigen sie bei der Aufgabe, ihr Geld sinnvoll anzulegen, nicht unerhebliche Defizite. Zum einen ist ihr Wissen über die Möglichkeiten der Anlage von Kapital in vielen Fällen lückenhaft, fragwürdig oder falsch, zum anderen zeigt ein hoher Prozentsatz von Anlegern auch kein Interesse, sich eigenverantwortlich um eine sinnvolle Anlage des ihnen zur Verfügung stehenden Kapitals zu bemühen.“<sup>105</sup>

**Wir helfen Ihnen gerne!** Wir nehmen Ihnen Ihre Angst vor einer Anlage in Aktien und Aktienfonds und unterstützen Sie mit unserem praktischen und theoretischen Wissen und unserer jahrzehntelangen aktiven Börsenerfahrung. **Profitieren Sie von uns** bei der Verfolgung Ihrer finanziellen Ziele und Wünsche!

---

<sup>103</sup> *FOCUS-MONEY* 27/2011 vom 29. Juni 2011, Seite 36. Hervorhebungen durch *Schmitz & Cie.*

<sup>104</sup> *Ulrich Horstmann*: Die Währungsreform kommt!, FinanzBuch Verlag, München 2011, 2. Auflage 2011, Seite 97.

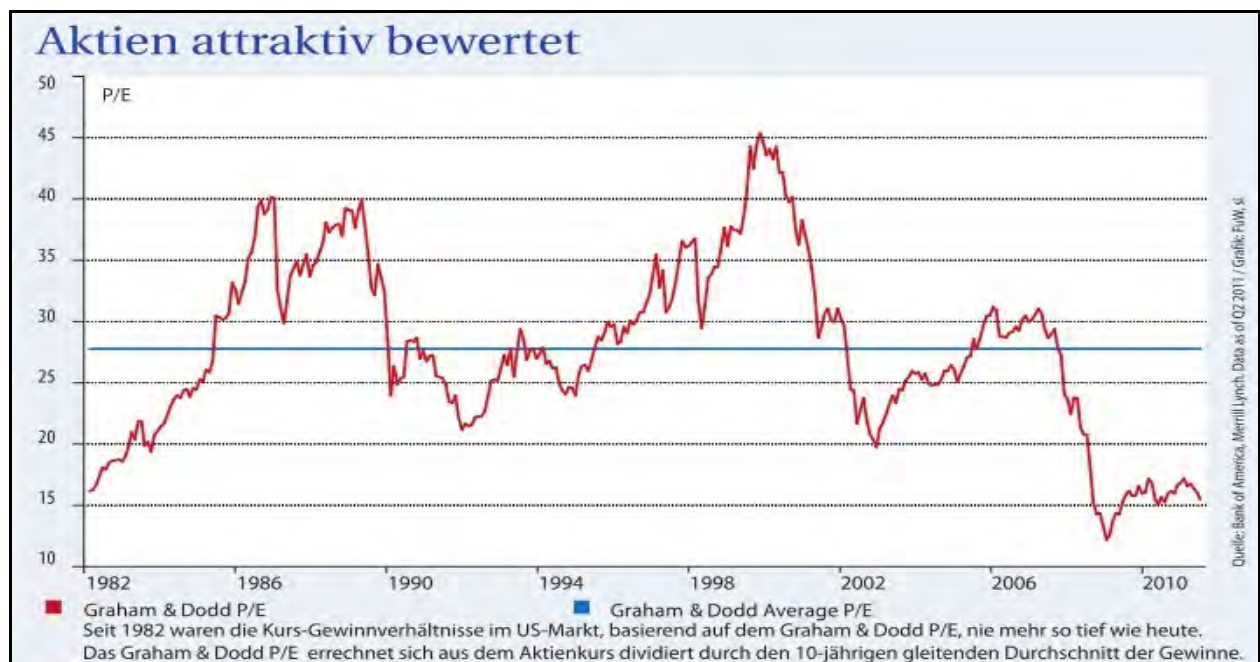
<sup>105</sup> *Heinz-Kurt Wahren*: Anlegerpsychologie, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009, Seite 13.

## 6. Versuch eines Ausblicks auf das Jahr 2012

Eine von mehreren Ursachen für die starken Kurseinbrüche an den internationalen Aktienmärkten im vergangenen Jahr war die Sorge um einen Rückfall der Wirtschaft in eine weitere Rezession. Diese Angst halten wir von *Schmitz & Cie.* für überzogen. Und so lautete aus unserer Sicht auch folgerichtig die Titelzeile vom *Handelsblatt* am 6. Oktober 2011 auf Seite 1: „Angstfrei in den Abschwung. Der Konjunkturunbruch 2012 ist der bestprognostizierte Abschwung der jüngeren Geschichte: Wahrscheinlich wird er schon deshalb nicht so dramatisch wie befürchtet.“ Und die *Finanz und Wirtschaft* assistiert mit der Überschrift: „Zu viel Pessimismus in den Aktienkursen“.<sup>106</sup>

Obwohl steigende Unternehmensgewinne langfristig natürlich die entscheidende Triebfeder für anziehende Aktienkurse sind, gibt es in der Geschichte genügend Beispiele, in denen die Aktienbörsen auch bei temporär fallenden Firmengewinnen kräftig gestiegen sind. „Selbst im kriegszerstörten Deutschland gab es 1942 eine Aktienhausse, weil die Anleger Aktien und keine inflationsgeschädigten Anleihen kaufen wollten, obwohl die Aktiengesellschaften kriegsbedingt erhebliche Gewinnprobleme hatten.“<sup>107</sup>

„Sollte die Welt in eine Depression rutschen, wird es viele Staatspleiten geben. Auch in diesem Falle wären Aktien großer Konzerne vermutlich die bessere Alternative. Die relative Sicherheit ist aus meiner Sicht bei Aktien größer als bei Geldvermögen.“<sup>108</sup> **Wie günstig im historischen Vergleich die Aktienkurse** nach den letzten Kursrückgängen inzwischen **sind**, zeigt die nachfolgende Grafik:

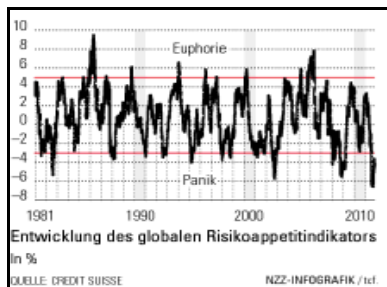


Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 14. September 2011, Seite 33

<sup>106</sup> *Finanz und Wirtschaft* vom 28. September 2011, Seite 17.

<sup>107</sup> *FINANZWOCHE* vom 27. Juli 2011, Seite 3.

<sup>108</sup> *Max Otte* im Interview „Ich freue mich auf Inflation“ mit dem *Handelsblatt* vom 25. August 2011, Seite 34. Otte ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Graz.



#### Schreckhafte Anleger

Feb. - Der Risikoappetit der Investoren bei der Vermögensanlage ist derzeit auf einem historischen Tiefstand angelangt, wie eine Grafik der Credit Suisse zeigt. Dies gilt als Grund für das momentan sehr niedrige Handelsvolumen an den Börsen. Die Analytiker der Grossbank schätzen die Aktienmärkte unter taktischen Gesichtspunkten als neutral ein. Sie empfehlen langfristig orientierten Anlegern aber, allmählich ihre Aktienpositionen aufzustocken. Derzeit übersteigt die Risikoaversion der Anleger die Wahrnehmung der gesunden fundamentalen Verfassung der Unternehmen. Es gebe attraktives Wertschöpfungspotenzial – allerdings müssten sich Anleger wohl eine Weile gedulden, um dieses zu realisieren. Nach dem Ende der Berichtssaison der Unternehmen in den USA und Europa für das dritte Quartal beherrscht die langwierige und tiefgehende Schuldenkrise die Börsen.

Auch *Warren Buffett* nutzt die derzeitige Phase von fallenden Kursen an den internationalen Aktienbörsen zum Kauf von niedrig bewerteten, gesunden Unternehmen. Der Multimilliardär folgt dabei einer denkbar einfachen Regel: „**Sei ängstlich, wenn andere gierig sind, und sei gierig, wenn andere ängstlich sind.**“ Das klingt banal, ist aber offensichtlich für die Mehrheit der Anleger nur sehr schwer zu befolgen, zumal wenn wie zur Zeit die Angst vor Kursverlusten die Börsenstimmung prägt.

Inzwischen herrscht eine weit verbreitete negative, bei vielen Anlegern fast panische Stimmung gegenüber Aktien (siehe linke Grafik). Ein perfekter Kontraindikator und eine gute Voraussetzung für steigende Börsen im Jahr 2012!

Quelle des nebenstehenden Schaubildes: *Neue Zürcher Zeitung* vom 21. November 2011, Seite 29

Natürlich zehren Kursverluste an der Börse an den Nerven der Anleger, aber trotzdem sind Aktien oder gut gemanagte Aktienfonds im Depot unverzichtbar. Aktien sind letztlich reale Anteile an bestehenden Unternehmen, die Werte für die Gesellschaft schaffen. Obendrein sind Aktien ein besserer Schutz gegen die Folgen der Schuldenkrise als Anleihen, denn eine Anleihe ist lediglich ein Zahlungsverprechen, das gegen Inflation nicht schützt und im Ernstfall vom Schuldner sogar gebrochen werden kann.<sup>109</sup>

„Alles hängt letztlich vom **Vertrauen der Anleger** ab. Sinkt das Vertrauen in den Geldwert so, daß die Anleger nur noch bei Sachwerten, wie Aktien und Gold, eine Kapitalerhaltung vermuten, ist ein **Kaufansturm** auf solche Werte auch denkbar, wenn die Aktiengewinne nicht weiter steigen oder sogar fallen,...“<sup>110</sup> Und dieser Kaufansturm könnte entgegen den Erwartungen der Mehrheit der Börsenteilnehmer - und die liegt ja bekanntlich an der Börse immer falsch! - schneller kommen als gedacht.

Neben den gerade beschriebenen positiven fundamentalen und stimmungsmäßigen Aspekten erwarten wir von *Schmitz & Cie.* im Jahr 2012 – und auch in den folgenden Jahren! – einen **dramatischen Anstieg der umlaufenden Geldmenge**, und damit einen weiteren Pluspunkt für steigende Aktienkurse. Denn die Politik versucht statt einer Bekämpfung der Ursachen (dafür fehlt ihr der Mut) eine Problemlösung mit immer mehr Geld und noch mehr Geld, sie schmeißt mit dem Geld nur so um sich:

<sup>109</sup> Vgl. *Ingo Narrat* im *Handelsblatt* vom 13. September 2011, Seite 38.

<sup>110</sup> *FINANZWOCHEN* vom 27. Juli 2011, Seite 3.



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 29. Oktober 2011, Seite 24

Insbesondere der Effekt, dass immer mehr Geld über die heißlaufende Druckerpresse in Umlauf kommt, ohne dass entsprechend mehr Güter und Dienstleistungen produziert werden, sorgt für mehr Nachfrage nach gut gemanagten und werthaltigen Unternehmen und lässt die Aktienkurse dieser Werte nachhaltig steigen.

Zusätzlich sollten sich die Anleger auf **kommenden Enteignungen durch den Staat** einstellen! Die stark gestiegenen Staatsschulden lassen der Politik keine Wahl mehr – egal, ob über direkte Enteignungen durch Vermögensabgaben wie zum Beispiel Vermögensteuer, Lastenausgleichsabgaben, Hypothekengewinnabgaben etc. oder über indirekte Enteignungen durch deutlich höhere Inflationsraten.

Leider wird sich keines der aktuellen volkswirtschaftlichen Probleme wie die **stetig steigende Verschuldung** („die mit Abstand größte Verschuldung in der Menschheitsgeschichte“<sup>111</sup>) oder die **drohende Inflation** (als willkommenes und politisch gewolltes Mittel zur Reduktion der realen Staatsverschuldung) in absehbarer Zeit lösen lassen.

Deshalb ist es gerade in unsicheren Zeiten richtig, **Aktien oder Aktienfonds zu kaufen** und dann auch möglichst langfristig zu halten. Doch nicht jeder Anleger wird in den nächsten Jahren mit Aktien Geld verdienen, genauso wenig, wie in den letzten zehn Jahren die wenigsten mit Aktien an der Börse Geld verdient haben. Denn die meisten

<sup>111</sup> *FINANZWOCHE* vom 6. April 2011, Seite 1.

Anleger haben aus ihren Fehlern nicht gelernt und werden zum Opfer ihrer eigenen Psyche. Entscheidend ist: „Die Börse ist nichts für Weicheier.“<sup>112</sup>

Profitieren Sie deshalb von der über 30jährigen aktiven Börsenerfahrung innerhalb der *Schmitz & Cie. GmbH*, denn „**ohne Erfahrung an der Börse**“, pflegte *André Kostolany* als langjähriger Mentor des Verfassers dieser Jahresberichte immer zu sagen, „**ist es schwer, gute Nerven zu haben.**“

Nutzen Sie unsere bankenunabhängige und individuelle Beratung und legen Sie jetzt mit einem Gespräch mit uns den Grundstein für Ihre Börsengewinne in der Zukunft! Wer die Augen heute nicht zum Sehen benutzt, wird sie in den nächsten Jahren wohl zum Weinen gebrauchen müssen.

Zur ergänzenden Lektüre seien einige in den letzten Monaten erschienene **Artikel vom Verfasser dieser Jahresberichte** empfohlen, die wir als Anlagen am Schluss dieses Berichtes in der Reihenfolge ihres Erscheinens beigefügt haben. Eine prägnante Zusammenfassung der Hauptprobleme der nächsten Zeit können Sie auch in einem **Filmbeitrag** eines Vortrages sehen und hören, den Dr. Holger Schmitz im September 2011 in Hamburg auf dem Forum für Private Banking & Family Offices gehalten hat. Sie finden ihn unter dem Link:

<http://www.dasinvestment.com/nc/investments/maerkte/news/datum/2011/10/26/vortrags-video-holger-schmitz-ueber-strategien-zum-werterhalt-des-privaten-vermoegens/>

oder auch in einer Suchmaschine wie zum Beispiel *Google*, wenn Sie die vier Begriffe „Vortrag Holger Schmitz Staatsverschuldung“ eingeben.

**Denken Sie in zehn Jahren – nicht in zehn Minuten!**

---

<sup>112</sup> *Frank Ringelstein*: Aktien sind nichts für Weicheier, *Handelsblatt* vom 2. Januar 2012, Seite 14.



# 2+2 = 5-1

André Kostolany dürfte mit **Holger Schmitz** zufrieden sein. Mit dem Dachfonds Schmitz & Partner Global Defensiv bietet sein einstiger Schüler ein krisensicheres Investment mit attraktiver Rendite

→ **Viele Finanzexperten** fingen klein an. Aber nicht Holger Schmitz. 1988 stieg der frischgebackene Betriebswirt als leitender Mitarbeiter bei der Münchner Fiduka Depotverwaltung ein. Sein Chef und Ausbilder: die Börsenlegende André Kostolany. Mehr als 20 Jahre und zwei selbst gegründete Vermögensverwaltungen später zeigt sich, dass die fünfjährige Lehrzeit beim Börsenguru nicht umsonst war: Der Flaggschiff-Fonds des Gründers von Schmitz & Partner Privates Depotmanagement und Schmitz & Cie. Individuelle Fondsberatung kam weitgehend unbeschadet durch die Finanzkrise.



Fondsmanager Holger Schmitz gründete zwei Vermögensverwaltungen

„2+2 = 5-1“, zitiert Schmitz seinen Lehrherrn Kostolany. Soll heißen: An der Börse kommt es immer so, wie es kommen muss – nur manchmal dauert es ein bisschen länger. Daher hält Schmitz nichts davon, bei fallenden Kursen seine Aktien zu verkaufen, um anschließend zu tieferen Preisen wieder einzusteigen.

Denn sowohl der Verkaufs- als auch der Kauf-Zeitpunkt müssten richtig vorhergesagt werden. Dies gelinge jedoch niemandem dauerhaft. Viel wichtiger sei es, langfristig investiert zu sein. Oder mit Kostolany's Worten: „Aktien kaufen und Baldrian trinken, wenn man wieder aufwacht, hat man Geld verdient.“

### Geld und Gold

So einfach macht es sich Schmitz zwar nicht. Sein Dachfonds Schmitz & Partner Global Defensiv darf in Krisenzeiten das gesamte Fondsvolumen in Geldmarktanlagen halten – eine Möglichkeit, die Schmitz während der Finanzkrise 2008 bis 2009 genutzt hat. Keine schlechte Entscheidung: Während der gesamte Markt abstürzte, gab es seit der Auflegung im Mai 2008 kein Quartal, in dem Schmitz' Fonds ins Minus rutschte. 2010 legte der Fonds 11,4 Prozent zu, bei einer Volatilität von lediglich 4,6 Prozent.

Auch der recht hohe Anteil an Gold, Silber und Edelmetall-Fonds passt zur defensiven Ausrichtung: „Edelmetalle bringen zwar keine Zinsen, können aber langfristig die Kaufkraft erhalten“, sagt Schmitz. Knapp 15 Prozent des Portfolios machen Gold und Silber aus. An eine Goldblase glaubt Schmitz nicht. „Davon sind wir noch weit entfernt“, sagt er. „Oder sind Sie schon mal auf der Straße auf Goldinvestments angesprochen worden?“ | *Svetlana Kerschner*

### SERIE: Fonds-Perlen

Unter den zigtausend Investmentfonds gibt es wahre Perlen, die zu Unrecht kaum beachtet werden. DAS INVESTMENT stellt sie vor

### TEIL 17: Schmitz & Partner Global Defensiv

Teil 1 bis 16 finden Sie unter [www.dasinvestment.com/perlen](http://www.dasinvestment.com/perlen)

### Börse auf Kostolany'sch



FOTO: BETTY IMAGES

Er nahm kein Blatt vor den Mund: Die Weisheiten des vor mehr als zehn Jahren verstorbenen ungarischen Börsenexperten André

Kostolany sind so aktuell wie eh und je. Hier eine kleine Auswahl:

- ” Die ganze Börse hängt nur davon ab, ob es mehr Aktien als Idioten – oder umgekehrt
- ” Geld ist wie ein Kaninchen: Es gerät in Angst und Panik, wenn es die kleinste Gefahr wittert. Dabei aber handelt es unüberlegt
- ” Es gibt alte Piloten und es gibt kühne Piloten, aber es gibt keine alten, kühnen Piloten
- ” Das Verhältnis von Börse und Wirtschaft ist wie das eines Mannes auf einem Spaziergang mit seinem Hund. Der Mann geht langsam vorwärts, der Hund rennt vor und zurück
- ” Verwenden Sie auf den Aktienkauf ebensoviel Zeit wie auf den Kauf eines Gebrauchtwagens

### Schmitz & Partner Global Defensiv

- **Einsteigen:** Weil das Rendite-Risiko-Verhältnis stimmt und der Manager mehr als 20 Jahre Erfahrung hat
- **Umsteigen:** Aus Aktienfonds, deren Renditen nicht das Risiko rechtfertigen
- **Besonderheiten:** Maximale Aktienquote von 50 Prozent und die Möglichkeit, bis zu 100 Prozent des Portfolios in Liquidität zu halten



WKN: A0M 1UL  
Auflegung: 7. Mai 2008  
Fondsvermögen: 15,7 Mio. Euro

### Performance:

2011: 0,3% |  
2010: 11,4% |  
seit Aufl.: 15,5% |

Vertrieb: Jane Schönggrundner  
Telefon: 0041 91 7446676  
[schoengrunder@schmitzundcie.de](mailto:schoengrunder@schmitzundcie.de)



## DAS INVESTMENT.COM

THEMEN ▾ Investments Berater Institutionelle Recht & Steuern Altersvorsorge Sparen & Portfolio  
Home Märkte Fonds Versicherungen Geschlossene Fonds Immobilien Alternative Investments G

Kommentieren PDF Drucken  
07.06.2011 10:08

Rubrik: Märkte

### „Deutschland sollte die D-Mark wieder einführen“



Holger Schmitz

Die Euro-Zone steht vor einer Zerreißprobe. Schuld daran ist die Politik, sagt Holger Schmitz. Im Gespräch mit DAS INVESTMENT.com fordert der Vorstand der Schmitz & Partner AG einen Aufstand der Bürger

**DAS INVESTMENT.com:** Beginnen wir doch mal drastisch. Sollte Deutschland nicht einfach aus der Eurozone austreten?

**Holger Schmitz:** Das wäre eine Möglichkeit. Ich würde aber zuerst die anderen bitten auszusteigen. Deutschland ist ja nicht der Knackpunkt, sondern Griechenland und die anderen. Wir haben eine relativ stabile Nord-Eurozone und die angezhlte Süd-Eurozone.

**DAS INVESTMENT.com:** Zu der auch Frankreich bald gehört.

**Schmitz:** Sicherlich richtig. Denken wir auf die nächsten 20 bis 30 Jahre, sollte Deutschland tatsächlich lieber die D-Mark wieder einführen und die anderen sich selbst überlassen. Auf zehn Jahre gesehen, sollte Griechenland besser freiwillig aussteigen, zugeben, dass es geschummelt hat, sich sanieren und dann später wieder zu normalen und fairen Bedingungen einen Neuantrag stellen.

**DAS INVESTMENT.com:** Aber trotzdem mal ganz einfach gesprochen. Wenn meine Tochter in eine Schulklasse geht, in der die Mitschüler dauernd zu spät kommen, faul sind, schummeln und nichts lernen, nehme ich dann meine Tochter nicht besser aus der Klasse raus?

**Schmitz:** Das wäre die letzte Maßnahme. Schöner wäre es, Anreizsysteme zu schaffen, dass die Mitschüler sich bessern. Das zeugt in gewisser Weise auch von Verantwortungsbewusstsein. Eine andere Frage ist aber, ob das überhaupt angesichts verschiedener Mentalitäten funktionieren kann.





## DAS INVESTMENT.COM

**DAS INVESTMENT.com:** Wie sollten diese Anreizsysteme aussehen?

**Schmitz:** Da müssen wir uns mal eine Ebene höher begeben. Unser größtes Problem ist der Politiker. Wenn Sie ihn bitten, mit fremdem Geld sorgsam umzugehen, können Sie genauso gut einem hungrigen Hund befehlen, einen Knochen zu hüten. Und solange Sie dieses Grundübel nicht verändert haben, können Sie Anreizsysteme schaffen, wie Sie wollen. Sie werden immer am Politiker scheitern.

**DAS INVESTMENT.com:** Schöne Aussichten.

**Schmitz:** Wohl wahr. Es gibt ja diesen Spruch von Winston Churchill: Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, aber es gibt keine bessere.

**DAS INVESTMENT.com:** Da ist was dran.

**Schmitz:** Aber eine Diktatur wollen wir ja auch nicht. Also finden wir uns damit ab, dass Politiker in regelmäßigen Zyklen unsere Wirtschaft und Währung ruinieren. Dann drückt jemand den Reset-Knopf, und alles geht neu los. Komisch, dass sich die Deutschen über Dinge wie Stuttgart 21 aufregen. Ich erwarte mal den Wutbürger für die Lasten, die die Politiker uns und unseren Kindern für die Zukunft aufbürden.

**DAS INVESTMENT.com:** In Spanien und Griechenland ist der Wutbürger schon unterwegs.

**Schmitz:** Die Wut richtet sich aber nicht gegen die Verschuldungsorgie der griechischen Politiker. Sie richtet sich gegen die Deutschen, weil sie sich anmaßen, Griechenland zum Sparen aufzufordern. Die eigentlich sinnvolle Wut geht somit in eine völlig falsche Richtung. Das sind Scheinkämpfe an falschen Fronten.

**DAS INVESTMENT.com:** Schwer zu ändern, oder?

**Schmitz:** Ja, leider. Wir stecken in einem System, aus dem wir nicht so einfach rauskommen. Auch nicht die, die geschummelt haben.

**DAS INVESTMENT.com:** Es könnte passieren, dass Politiker von der rechten Eckfahne aufs Spielfeld rennen und das Blaue vom Himmel versprechen.

**Schmitz:** Das wäre der schlimmste Fall. Dann hätten wir die Demokratie auf eine andere Weise abgeschafft. Ich hoffe aber, dass wir dazu gelernt haben und da nicht noch einmal so passiert wie vor 70 Jahren.

**DAS INVESTMENT.com:** Aber die Gefahr ist da.

**Schmitz:** Leider ja.

**DAS INVESTMENT.com:** Nun brummt die Wirtschaft in Deutschland. Wie bekommt man die heterogene Eurozone in Sachen Inflation und Geldpolitik in den Griff?

**Schmitz:** Gar nicht. Es ist das alte Problem. Wir haben einen Einheitszins aber keine einheitliche Entwicklung. Schwachländer brauchen tiefe Zinsen, Boom-Länder brauchen höhere. Das kriegen Sie nicht hin. Eine Lösung wären individuelle Maßnahmen, wie etwa die Anordnung, dass Griechenland seine Löhne um 30 Prozent kürzt. Aber dann hat Griechenland einen Bürgerkrieg. Solche marktwirtschaftlichen Mechanismen gibt es also. Aber auch die setzt die Politik wieder außer Kraft. Aber anstatt ihre Fehler auszubügeln, macht sie immer wieder weitere neue Fehler.



## **FINANZMONITOR** online

Informationen rund um vermögensverwaltende Fonds

05.08.2011

### **Schmitz & Partner: Vermögen in Gefahr**

„Wer sein Vermögen schützen will, muss jetzt handeln“, warnen die Vermögensverwalter von Schmitz & Partner. Denn die EU-Währungsprobleme würden auf dem Rücken der Staatsanleihen ausgeführt. Wer sich absichern möchte, sollte auf Sachwerte oder Schweizer Franken setzen, teilte das Unternehmen in einer Pressemeldung mit:

„Zunehmende Staatsverschuldungen und steigende Inflationsraten. Je länger sich die Lösung dieser volkswirtschaftlichen Probleme hinauszögert, desto mehr zahlt Deutschland in den Topf der Euro-Länder und desto risikoreicher werden Staatsanleihen. Vom Euro profitieren? Fehlanzeige. Seit Einführung des Euro wuchs die deutsche Wirtschaft weniger als die der meisten anderen europäischen Länder. Doch Politiker beschönigen vor allem das Inflationsproblem, um selber davon zu profitieren. Vermögensverwalter Dr. Holger Schmitz rät Anlegern, Staatsanleihen durch solide Sachwerte und Euro-Positionen durch Währungsanteile in Schweizer Franken zu ersetzen, um ihr Vermögen zu schützen.“

„Deutschland ist der Zahlmeister Europas“, sagt Holger Schmitz, Vorstand der Schmitz & Partner AG. Die Bundesrepublik hat bereits 2.500 Milliarden Euro in die europäische Gemeinschaftswährung gepumpt. Und je länger die stetig zunehmende Verschuldung der Eurostaaten nicht gelöst wird, sondern weiter in die Zukunft verschoben wird, desto mehr zahlt die noch stärkste Volkswirtschaft. „Das Standardargument, Deutschland profitiere wie kein anderes Land der Währungsunion vom Euro, ist Unsinn“, so Schmitz. „Laut Statistischem Bundesamt ist die deutsche Wirtschaft seit der Einführung des Euro vor zwölf Jahren durchschnittlich um 1,2 Prozent pro Jahr gewachsen – nur Italien entwickelte sich im Euroraum noch schlechter.“ Länder wie die Schweiz, Schweden oder Großbritannien, die ihre eigenen Währungen haben, wuchsen hingegen deutlich stärker als Deutschland. Daher sei es laut Schmitz nicht verwunderlich, dass mittlerweile über das Ende des Euro spekuliert wird und sogar die Wiedereinführung der D-Mark zur Diskussion steht. „Blicken wir auf die nächsten 20 bis 30 Jahre, sollte Deutschland tatsächlich lieber die D-Mark wieder einführen und die anderen Länder sich selbst überlassen“, so Schmitz.

### **Politiker beschönigen Inflationsproblem**

Ob D-Mark oder Euro: Die derzeit zwei größten volkswirtschaftlichen Probleme bleiben. „Weder die stetig wachsende Verschuldung noch die zunehmende Inflation werden sich in absehbarer Zeit lösen lassen“, sagt Schmitz. Der Vermögensverwalter rät Anlegern, vor allem die Inflation in ihrem Anlageverhalten zu berücksichtigen. Denn die unverhältnismäßige Ausweitung der Geldmenge im Vergleich zur Gütermenge helfe den hochverschuldeten Staaten, ihre enormen Belastungen zu reduzieren. „Schuldenabbau durch Inflation ist für die Politiker die letzte Möglichkeit, dem wachsenden Schuldenberg zu entkommen. Daher ist es nachvollziehbar, dass sowohl die Politiker als auch die für die Preisstabilität zuständigen Zentralbanken die Inflation so lange wie möglich herunterreden und die Inflationszahlen beschönigen. So werden die weniger informierten Bürger nicht beunruhigt und davon abgehalten, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.“ Dabei sollten Anleger laut Schmitz genau dies tun, wenn sie in den kommenden Jahren nicht einen Großteil ihres Vermögens verlieren möchten.



### **Auf solide Sachwerte setzen**

Schmitz rät Anlegern, vor allem trügerisch sichere Staatsanleihen gegen solide Sachwerte wie Unternehmensbeteiligungen in Form von Aktien einzutauschen – auch, wenn es den einen oder anderen Anleger Überwindung kosten werde. Denn aufgrund der Schuldenberge Europas und Amerikas seien Staatsanleihen mit einem Mal riskanter als Aktien. „Aktuell ist es eher ein Risiko, keine Aktien zu haben“, so Schmitz. Darüber hinaus hält der Vermögensverwalter in der Schweiz gelagertes physisches Gold und Silber für eine sinnvolle Ergänzung: „Gold und Silber bringen zwar keine Zinsen, und ihre Lagerung kostet Geld. Sie sind allerdings ein adäquates Mittel, um die Kaufkraft zu schützen. Die beiden Edelmetalle gehören in jedes Portfolio“, sagt Schmitz.

### **Schweizer Franken noch lange nicht überbewertet**

Der Vermögensverwalter empfiehlt zudem, die Euro-Positionen im Portfolio zu reduzieren und die Währungsanteile in Schweizer Franken zu erhöhen. Denn ein solider Staatshaushalt, gesunde Staatsfinanzen und eine geringe Inflation seien gleich drei Gründe dafür, dass die Schweiz auf lange Sicht internationales Kapital anziehen und der Kurs des Schweizer Franken steigen wird. „Sollte die Euro-Inflation weiterhin höher sein als die Schweizer-Franken-Inflation – und dafür spricht angesichts der entscheidungsschwachen Verdrängungspolitik im Euroraum vieles – dann wird der Kurs des Schweizer Franken gegenüber dem Euro mittel- und langfristig weiter steigen“, so Schmitz. Überbewertet sei der Schweizer Franken noch lange nicht. Das werde allein aus der Inflationsdifferenz zwischen der Eurozone und der Schweiz deutlich. Denn während die Produzentenpreise in der Euro-Zone seit dem Jahr 1975 um 116 Prozent gestiegen sind, fiel der Preisanstieg in der Schweiz mit 33 Prozent deutlich niedriger aus. Der Unterschied von 83 Prozent entspricht etwa der Aufwertung des Frankens zum Euro.“

#### **FINANZMONITOR ABONNEMENT**

Monatlich zur neuen Ausgabe informiert werden

[Newsletter jetzt abonnieren!](#)



## DAS INVESTMENT.COM

THEMEN ▾ Investments Berater Institutionelle Recht & Steuern Altersvorsorge Sparen & Portfolio  
Home Märkte Fonds Versicherungen Geschlossene Fonds Immobilien Alternative Investments G

Kommentieren PDF Drucken  
29.08.2011 11:41

Rubrik: **Fonds**

### Schuldenkrise: „90 Prozent der Anleger fallen auf die Nase“



Holger Schmitz, Vorstand Schmitz & Partner AG

Werterhalt statt Wahnsinnsverluste. Seit Auflegung im Mai 2008 hat der Mischfonds Schmitz & Partner Global Defensiv (WKN: AOM1UL) kein einziges Quartal im Minus abgeschlossen. DAS INVESTMENT.com sprach mit Fondsmanager Holger Schmitz, Vorstand der Schmitz & Partner AG, über Probleme mit Politikern, Inseln der Stabilität und Fallen für ängstliche Anleger.

**DAS INVESTMENT.com:** Herr Schmitz, was passiert da gerade an den Märkten?

**Holger Schmitz:** Wir sehen eine Vertrauensdeflation. Das Vertrauen in die Politiker sinkt dahin, wo es hingehört – auf den Nullpunkt. Das Einzige, was mich wundert ist, dass es so lange gedauert hat.

**DAS INVESTMENT.com:** Christine Lagarde, Chefin des Internationalen Währungsfonds, hat erst vergangenes Wochenende mehr Anstrengungen von den Regierungen gefordert. Vor allem die USA sollen ihr Wachstum stärker ankurbeln. Was halten Sie davon?

**Schmitz:** Nichts. Politiker sind nicht die Lösung, sie sind das Problem. Sie denken nur bis zum nächsten Wahltermin, nicht darüber hinaus. Es wird immer nur Zeit gekauft. Das Problem selbst wird nicht gelöst.

**DAS INVESTMENT.com:** Viele fordern derzeit mehr Regulierung der Kapitalmärkte – ein Fehler?

**Schmitz:** Politiker bekämpfen gerne den Markt oder die bösen Spekulanten. Den Markt aber kann man nicht bekämpfen. Er ist eigentlich nur das Fieberthermometer, das anzeigt, dass es eine Krankheit gibt. Er ist aber nicht der Grund für die Krankheit. Eine Regulierung wäre so, als ob der Arzt das Thermometer zertrümmert, weil ihm das Ergebnis nicht passt.

**DAS INVESTMENT.com:** Wie positionieren Sie sich als Fondsmanager in so einem Umfeld?

**Schmitz:** Die Politiker fummeln in einem Markt herum, von dem sie nichts verstehen. Es gab noch nie so wenig wirtschaftlichen Verstand in einer Regierung wie jetzt. Die einzige Lösung ist, man muss die unsinnigen Entscheidungen der Politiker einkalkulieren.

**DAS INVESTMENT.com:** Wie?

**Schmitz:** Schwergewicht in unseren Portfolios sind Schweizer Franken, skandinavische Währungen und physisches Gold und Silber, das in der Schweiz gelagert wird.

**DAS INVESTMENT.com:** Der Schweizer Franken ist seit Anfang dieses Jahres stärker gestiegen als der Goldpreis. Der Jubel der Schweiz hält sich in Grenzen. Die Nationalbank versucht gegenzusteuern. Und auch beim Gold sehen einige Experten schon eine Übertreibung.

**Schmitz:** Noch hat die Schweizer Nationalbank den Franken aber nicht drücken können. Und auch der Run auf Gold ist noch lange nicht so stark wie in anderen Krisen. Es ist durchaus noch genug Luft nach oben. Der Vorteil von Gold und Silber ist, dass diese Währung die Kaufkraft meiner Anleger erhält. Denn im Gegensatz zu den anderen Währungen kann sie nicht manipuliert werden und nicht entwertet.

**DAS INVESTMENT.com:** Der steigende Goldpreis weckt aber bereits Begehrlichkeiten. Venezuelas Präsident Hugo Chávez etwa will die Goldminen des Landes verstaatlichen.

**Schmitz:** Noch ist es nicht soweit. Wir nutzen Gold, solange es geht.

**DAS INVESTMENT.com:** Investieren Sie gar nicht in Aktien?

**Schmitz:** Doch natürlich. Aktien sind Sachwerte. Dazu gibt es keine Alternativen. Unsere Aktienquote liegt derzeit bei 25,6 Prozent. Nur noch 3 Prozent der deutschen Vermögen sind aktuell in Aktien investiert. Das wird sich irgendwann ändern, weil es einfach keine Alternative gibt.



**DAS INVESTMENT.com:** Noch gehen die meisten Anleger raus aus Aktien und rein in Anleihen.

**Schmitz:** 90 Prozent der Anleger fallen auf die Nase, weil sie aus Angst das Falsche tun. Es ist ein Fehler, jetzt Aktien zu verkaufen, nur weil man damit rechnet, dass die Kurse weiter fallen. Wenn ich Aktien eines Unternehmens mit einem inneren Wert von 100 Euro für 80 Euro kriegen kann, greife ich zu. Bekomme ich sie nächste Woche für 70 Euro, nehme ich die auch.

Von: Astrid Lipsky



**SCHMITZ & CIE.**  
Individuelle Fondsberatung

Schmitz & Cie. GmbH  
Individuelle Fondsberatung

Pelargonienweg 4  
D-81377 München

Telefon: +49 (89) 17 92 40-20  
Telefax: +49 (89) 17 92 40-24

[info@schmitzundcie.de](mailto:info@schmitzundcie.de)  
[www.schmitzundcie.de](http://www.schmitzundcie.de)



**SCHMITZ & PARTNER AG**  
Privates Depotmanagement

**SCHMITZ & PARTNER AG**  
Privates Depotmanagement

Via Albaredo 53  
CH-6645 Brione s. Minusio

Telefon: +41 (0)91 7 44 66 65  
Telefax: +41 (0)91 7 43 44 00

[info@schmitzundpartner.ch](mailto:info@schmitzundpartner.ch)  
[www.schmitzundpartner.ch](http://www.schmitzundpartner.ch)